

Eberwein, Wolf-Dieter (Ed.); Kerski, Basil (Ed.)

Working Paper

Deutsch-polnische Beziehungen zehn Jahre nach der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages: Eine Werte- und Interessengemeinschaft?

WZB Discussion Paper, No. P 01-305

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Eberwein, Wolf-Dieter (Ed.); Kerski, Basil (Ed.) (2001) : Deutsch-polnische Beziehungen zehn Jahre nach der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages: Eine Werte- und Interessengemeinschaft?, WZB Discussion Paper, No. P 01-305, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/49836>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

P 01 – 305

**Deutsch-polnische Beziehungen zehn Jahre nach
der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages:
Eine Werte- und Interessengemeinschaft?**

Wolf-Dieter Eberwein/Basil Kerski (Hrsg.)

August 2001

Arbeitsgruppe: Internationale Politik

Leiter: Prof. Dr. Wolf-Dieter Eberwein

Tel: (030) 25 491 564

Fax: (030) 25 491 561

e-mail: eberwein@medea.wz-berlin.de

Internet: <http://www.wz-berlin.de/ip>

Zusammenfassung

Die deutsch-polnischen Beziehungen haben sich nach der Vereinigung so dramatisch zum Guten verändert, dass von einem Wunder gesprochen worden ist. Zu diesem dramatischen Umschwung haben sicher die gesellschaftlichen Akteure in der BRD und der DDR und in Polen beigetragen, die bereits in den frühen 50er Jahren den Kontakt aufnahmen. Wie sich diese Beziehungen auf der staatlichen und der gesellschaftlichen Ebene zwischen Polen und der Bundesrepublik wie zwischen Polen und der DDR bis 1990, sowie zwischen dem vereinten Deutschland mit Polen nach 1990 entwickelt haben, wird in verschiedenen Analysen nachgezeichnet. Ergänzt werden diese Analysen durch die allgemeinen integrationstheoretischen Überlegungen, die auf den Ergebnissen der 1998 durchgeführten deutsch-polnischen Elitestudie beruhen. Abschließend werden die Zukunftsperspektiven dieses bilateralen Verhältnisses umrissen. Die Beiträge basieren auf den Referaten, die auf dem wissenschaftlichen Colloquium, *Zehn Jahre nach der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages - Die deutsch-polnischen Beziehungen: Eine Interessen- und Wertegemeinschaft?*, das am 4. April 2001 im Wissenschaftszentrum Berlin stattfand, gehalten wurden.

Abstract

The German-Polish relations have dramatically changed to the better after German unification, that this has been denoted as a miracle. Societal actors in the FRG, the GDR and Poland, who started their contacts in the early fifties, have undoubtedly contributed to this fundamental change. The contributions included describe the evolution of the relationship between the Federal Republic of Germany and Poland as well as the relationship between the German Democratic Republic and Poland at the state and the societal level until 1990, these relationships between the unified Germany and Poland after 1990. Added on to these analyses are general reflections related to the integration based upon the results of the German-Polish elite survey from 1998. Finally, the perspectives for the future of this bilateral relationship are addressed. The analyses are based upon the presentations in the scientific colloquium, *Ten years after signing the good neighbourhood treaty - the German-Polish relations - a community of common interests and values?*, that took place April 4, 2001, at the Science Center Berlin.

Dokumentation des Wissenschaftlichen Colloquiums

Zehn Jahre nach der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages

**Die deutsch-polnischen Beziehungen:
Eine Interessen- und Wertegemeinschaft?**

4. April 2001

Wissenschaftszentrum für Sozialforschung (WZB) Berlin

Veranstalter:

Wissenschaftszentrum für Sozialforschung (WZB) Berlin

Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP)

Deutsch-Polnische Gesellschaft Bundesverband e.V.

Inhaltsverzeichnis

-	Der lange Weg der „Normalisierung“: Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen 1949-1990 (<i>Dieter Bingen</i>)	1
	Kommentierende Anmerkungen (<i>Peter Bender</i>)	6
-	Zwangsverordnete Freundschaft? DDR und Polen 1949-1990 (<i>Ludwig Mehlhorn</i>)	11
	Kommentierende Anmerkungen (<i>Wolfgang Templin</i>)	16
-	Vergesellschaftung der Außenpolitik. Die Rolle nichtstaatlicher Akteure in den deutsch-polnischen Beziehungen vor 1990 (<i>Basil Kerski</i>)	21
-	Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1990: Eine Werte- und Interessengemeinschaft? (<i>Markus Mildenberger</i>)	28
-	Die Interessengemeinschaft. Vom Umfeld gegeben – von den Akteuren erworben? (<i>Henning Tewes</i>)	35
-	Die deutsch-polnische Elite-Studie aus integrations-theoretischer Sicht (<i>Wolf-Dieter Eberwein</i>)	41
-	Die deutsch-polnischen Beziehungen nach dem EU-Gipfel in Nizza: Herausforderungen und Perspektiven (<i>Christoph von Marschall</i>)	50
	Kommentierende Anmerkungen (<i>Kazimierz Wóycicki</i>)	53

Autorenverzeichnis

Publikationsverweis

Dieter Bingen

Der lange Weg der "Normalisierung". Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen 1949-1990.

Überlegungen zu Kontinuität und Wandel in den Beziehungen zu Polen

Zum Leitmotiv Bonner Polenpolitik

Der historische und politische Ausgleich mit Polen, der sich im nachhinein wie eine in die Wiege der Bundesrepublik gelegte Erfolgsgeschichte und notwendige Erfüllung eines Auftrags darstellen lässt, war in den Gründerjahren der "alten" Bundesrepublik kaum zu erwarten gewesen. Blickt man vom Ende der Bonner Republik auf ihren Anfang zurück, auf ihre Erbschaft, ihr Selbstverständnis und ihre Aufgaben, dann waren im konkreten Handeln am Anfang der fünfziger Jahre nur wenige Ansätze für eine neue Politik gegenüber Polen identifizierbar.

Aber ungeachtet der weitgehenden Sprachlosigkeit und mangelnden außenpolitischen Kompetenz der jungen Bundesrepublik im Verhältnis zu Polen kristallisierte sich recht bald das Gegenmodell zum Begriff des Politischen im Nationalsozialismus, aber auch zu dem Verständnis von Weimarer Realpolitik heraus. Leitmotivisch galt das Friedensgebot gegenüber dem polnischen Staat und das Verständigungs- und Versöhnungsangebot an das polnische Volk von Anfang an.

Andererseits: Zwar waren seit der Gründungsphase in der Bonner Republik *reeducation* und *westernization* vorgegeben, die Gefahren eines Grenzrevisionismus und eines fortgesetzten deutsch-polnischen Antagonismus aber noch nicht endgültig gebannt. Gegenüber einer Politik der Rechtsvorbehalte, des Alleinvertretungsanspruchs, der jede Aktivität gegenüber Warschau lähmte, und eines "Niemals" mit Blick auf die Oder-Neiße-Grenze konnte das neue Leitmotiv fast eineinhalb Jahrzehnte lang kaum etwas ausrichten. Die alles überlagernde Deutschlandpolitik beeinflusste das Verhältnis zu Polen in den ersten beiden Jahrzehnten vornehmlich negativ. Die Bonner Polenpolitik war nie eine "Politik der Stärke" gewesen, in den ersten beiden Jahrzehnten der Republik im Gegenteil eine "Politik der Schwäche", die gelegentlich durch offensiv wirkende leere Rhetorik und juristischen Dogmatismus kaschiert wurde.

Es war vor allem eine Bewegung von unten, die allmählich Veränderung in die festgefahrenen Minimalbeziehungen zwischen Bonn und Warschau brachte (die beiden christlichen Kirchen, Schriftsteller und Publizisten, Einzelpersönlichkeiten in den großen Parteien und Initiativen von Bürgern).

Zum Friedensvertragsvorbehalt zwischen rechtlichem Dogma und politischem Willen

Die Politik des westdeutschen Staates hatte sich in den fünfziger Jahren mit ihren Rechtspositionen im Kontext des Friedensvertragsvorbehalts über das seinerzeit notwendige Maß hinaus selbst gefesselt. Dessen Bezug zur noch ausstehenden endgültigen Bestätigung der Oder-Neiße-Grenze erhielt im deutschen Einigungsprozess 1990 eine ungeahnte Aktualität, die nach 20 Jahren der "neuen deutschen Ostpolitik" vielen Realpolitikern befremdlich erschien, aber in der rechtlichen Logik der Ostpolitik Brandts begründet war. Nur hatte fast 20 Jahre lang die politische Logik der Ostvertragspolitik das komplizierte rechtliche Netzwerk mit den Rückversicherungen zugunsten der Vier Mächte nahezu vergessen lassen. So ist denn ungeachtet aller realpolitischen Wenden seit den fünfziger Jahren in der Grenzfrage, die vor allem, aber nicht nur Polen betraf, der Rechtsstandpunkt der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Verfassungsorgane bis zum erfolgreichen Abschluss des "Zwei-plus-Vier"-Prozesses aufrechterhalten worden, nämlich, dass eine endgültige völkerrechtlich wirksame Regelung der deutsch-polnischen Grenzfrage allein von einem gesamtdeutschen Souverän vorgenommen werden konnte.

Im Kontext der Diskussion über *Kontinuität* und *Wandel* musste aber gerade in der Oder-Neiße-Grenzfrage neben dem rechtsdogmatischen Aspekt, der die Kontinuität westdeutscher Essentials der Polenpolitik belegte, der Wandel bei der politischen Einschätzung des rechtlichen Pfands in den bundesdeutschen politischen Entscheidungseliten registriert werden.

Schon in den fünfziger Jahren tauchte in internen Erwägungen des Auswärtigen Amtes die "Pfandtheorie" auf, die ein letztes Mal 1990 reaktiviert wurde, obwohl sie substantiell spätestens seit dem Warschauer Vertrag von der Realität eingeholt worden war. Bereits in der Amtszeit Adenauers wurden Überlegungen angestellt, Polen territorialpolitisch entgegenzukommen, wenn es sich zugunsten der deutschen Einheit einsetzen oder wenn die Staatengemeinschaft einer deutschen Wiedervereinigung nähertreten würde.

In der Bonner Haltung zur deutschen Ostgrenze stoßen demnach die Faktoren der *Kontinuität* (rechtsdogmatische Positionen) und des Wandels, ja des *Bruchs* (mit dem traditionel-

len Grenzrevisionismus) in geradezu faszinierender Weise aufeinander. Hier wurde die Diskontinuität mit der *traditionellen* deutschen Ost- und Polenpolitik evident, wie sie zuletzt Außenminister Stresemann repräsentiert hatte.

Im Prozess der deutschen Einigung sollte die Unterscheidung zwischen politischem Willen und völkerrechtlichen Maßgaben zum letzten großen deutsch-polnischen Missverständnis über die gemeinsame Grenze führen.

Zur DDR als ständigem Mitspieler

Bis 1990 machte die Deutsche Demokratische Republik in jedem westdeutsch-polnischen Kontakt, bei jeder Verhandlung zwischen Bonn und Warschau als unsichtbarer, aber ständig präsenter Dritter ihren Einfluss geltend. 42 Jahre lang gab es deutsche Polenpolitik in zweifacher Ausführung und polnische Deutschlandpolitik war ebenfalls doppelt. Polenpolitik war für die "alte" Bundesrepublik stets *auch* Deutschlandpolitik und gegen den kommunistischen deutschen Staat gerichtete Politik. Das geschah mit der Berechtigung, die eine demokratisch legitimierte deutsche Regierung für sich und die deutsche Bevölkerung in Anspruch nehmen konnte. Polnische Kommunisten teilten ihr Verständnis für diese Position ihren bundesdeutschen Gesprächspartnern bei verschiedenen Gelegenheiten hinter vorgehaltener Hand mit. Die rein instrumentelle Betrachtung der DDR in weiten Kreisen der kommunistischen Elite Polens zog sich wie ein roter Faden nicht nur durch interne Bewertungen, sondern auch Publikationen und sogar öffentliche Äußerungen. Die frühe *Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze* durch die DDR im Görlitzer Vertrag von 1950 wurde im kommunistischen Polen unter diesem Aspekt gewürdigt.

Zum Verhältnis zwischen Innen- und Außenpolitik in den Beziehungen zu Polen

Von allen außenpolitischen Themen der Bonner Republik eigneten sich die Beziehungen zu Polen am ehesten für eine *innenpolitische Instrumentalisierung* und Profilierung. Historische Stereotypen und Vorurteile gegenüber Polen, die politische Interessenlage im Ost-West-Konflikt, das unterschiedliche Gewicht und die unterschiedliche politische Legitimation der Bundesrepublik einerseits und des kommunistischen Polen andererseits, die Erfahrungen von Flucht und Vertreibung und der Verlust von alten deutschen Provinzen an Polen, ein uneingestandenes Schuldgefühl derer, die sich von "diesen Polen" eben nicht an den Pranger stellen lassen wollten, diese unheilige Melange von Gefühlen, Haltungen und Erwartungen hob Polen von allen außenpolitischen Partnern, Freunden und Gegnern der "alten Bundesrepublik" ab.

Die nicht nur tragische, sondern über weite Etappen der Beziehungsgeschichte als fruchtbar empfundene, in der alteingesessenen westdeutschen Bevölkerung kaum bewusst wahrgenommene geographische Nähe zu Polen hat zugleich auch die Verletzlichkeit des deutsch-polnischen Beziehungssystems nach der Gründung der Bundesrepublik verursacht.

Da das innenpolitische Motiv durchgängig in allen Phasen der Polenpolitik der Bonner Republik bis 1990/91 auftrat, sei nur an einige besonders exemplarische "Fälle" erinnert: Die Rücksicht auf die Vertriebenenlobby wurde von der Bundesregierung zumindest als Vorwand genutzt, um nach 1956 eine ernsthafte Erörterung der "Pfandtheorie" (Wiedervereinigung gegen Gebietsverzicht) und weitere Überlegungen über einen vertraglichen Gewaltverzicht zu verhindern. Im positiven Sinne wirkte das innenpolitische Motiv zweifellos in der Phase der Entwicklung und Durchführung der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition. SPD und FDP wurden von einer breiten Zustimmung in den meinungsbildenden gesellschaftlichen Kreisen getragen und von einer Zustimmung in der Bevölkerung, die von Monat zu Monat wuchs, bis sie in den plebiszitären Bundestagswahlen vom November 1972 ihre demonstrative Bestätigung fand.

Als machtpolitisches Poker zwischen Regierung und Opposition stellten sich die Ratifizierungsdebatten zum Warschauer Vertrag 1971/72 und zu den sogenannten Polen-Vereinbarungen von Helsinki 1975/76 dar. Die damalige CDU/CSU-Opposition nutzte die Ostvertragspolitik der sozialliberalen Koalition als Vehikel, um Kanzler Brandt und seine Regierung zu stürzen. Und niemals ist die rein innenpolitische Motivierung einer polenpolitischen Entscheidung deutlicher zum Ausdruck gekommen als in dem Bekenntnis von Franz-Josef Strauß in seinen Erinnerungen: Es ging ihm um den Kopf von Helmut Schmidt. Das Zögern von Bundeskanzler Kohl, sich in der Grenzfrage politisch eindeutig zu erklären (bis zur Bundestagsrede vom 6.2.1985), und seine Weigerung, sich rechtlich zu binden (bis zum "Zwei-plus-Vier"-Vertrag vom 12.9.1990), war vor allem innen- und parteipolitisch bedingt.

Da der Hinweis auf die innenpolitische Instrumentalisierung der Beziehungen zu Polen zumeist als Vorwurf formuliert wird, sei eine Überlegung hinzugefügt: Mit keinem anderen Land war die Regelung eines bilateralen Verhältnisses mit einem so hohen Maß an Selbstkritik, an Überwindung überkommener Stereotypen und Haltungen und an konkreten Verzichtleistungen verbunden wie mit Polen. Es erscheint im Rückblick geradezu als eine List der Geschichte, dass die Zögerer und Verursacher innenpolitischer Fehden in polnischen Angelegenheiten dazu beigetragen haben, dass das Verhältnis zu Polen über 40 Jahre so abgearbeitet

wurde, dass in der deutschen politischen Elite und in der deutschen Bevölkerung, soweit sie sich für die polnische Thematik einnehmen lässt, die neuen Grundlagen des Verhältnisses zu Polen so unstrittig sind wie nie zuvor in der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

Zum Verhältnis zwischen Politik und Moral

Erst der europäische Paradigmenwechsel von 1989/90 hat die bundesdeutschen Beziehungen zu Polen grundsätzlich von Dilemmata erlöst, vor die sie sich von der Kanzlerschaft Adenauers über Erhard, Kiesinger, Brandt und Schmidt bis in die ersten Jahre der Kanzlerschaft Kohls gestellt sahen:

1. Die latente Spannung zwischen politischem Realismus und moralischem Anspruch in der Osteuropa- und insbesondere in der Polenpolitik war in der Ära des Kalten Kriegs und des Systemantagonismus nicht aufzulösen. In manchen Augenblicken trat sie nicht so offen zutage, in anderen Situation war sie schmerzlich. Wie konnte Versöhnung mit dem Volk gefunden werden, wenn man mit Machthabern verhandeln musste, die nicht vom Volk legitimiert waren? Für Adenauer bildete die Herrschaft der Kommunisten in Warschau *einen* Vorwand für Nichtstun. Brandt hatte das Glück, dass es zu Zeiten seiner Ostpolitik noch keine demokratische Opposition gab und er mit dem Grenzrespektierungs- bzw. Normalisierungsvertrag sowohl den Regierenden wie den Regierten in Polen entgegenkam. Schmidt entkam dem Dilemma am wenigsten und machte sich über die Maßen zu seinem Gefangenen. Kohl hatte am Ende Fortüne.

2. Die außergewöhnliche moralische und historische Komponente im Verhältnis zu Polen wurde zudem dadurch überschattet, dass die Bundesrepublik Deutschland den Schlüssel zur Wiedervereinigung, dem prioritären langfristigen Hauptziel der Bonner Republik, zu Recht in Moskau liegen sah. Besondere Rücksichtnahme auf die Vormachtrolle der Sowjetunion schien somit vom Anfang der Republik an geboten.

Peter Bender

Kommentierende Anmerkungen zum Referat von Dieter Bingen

Die Annäherung zwischen Polen und der Bundesrepublik war weit schwieriger, als es heute im Rückblick erscheint. Für Polen war Anfang der siebziger Jahre, als der Warschauer Vertrag geschlossen wurde, eine Annäherung nur in Stufen vorstellbar: Normalisierung, Verständigung, Versöhnung. Der Warschauer Vertrag trug daher die ganz bescheidene Überschrift und Zweckbestimmung, er sollte die „Grundlagen der Normalisierung“ schaffen. Die drei Stufen wurden zwar nie genau definiert, aber Westdeutsche, die Versöhnung beschworen, stießen in Polen eher auf Misstrauen als auf Vertrauen: Mit der naiven Vorstellung, sich gleich versöhnen zu können, zeigten sie, dass sie keine Ahnung von der Dimension dessen hatten, das zu bewältigen war.

Weshalb der Weg der Polen zu den Deutschen weit war, ergab sich aus ihren Erfahrungen von 1939 bis 1944: Vernichtung und Demütigung. Die große Mehrheit in der Bundesrepublik sah hingegen nur die deutschen Verluste. Ganz gleich, wie viele überhaupt wussten, wo Königsberg, Kolberg oder Grünberg lagen – Deutschland verlor mehr als ein Fünftel seines Reichsgebiets, es war nicht nur geteilt, sondern auch amputiert. Ändern konnte man das nicht, aber abfinden konnte man sich auch nicht damit. Die Polen irrten, als sie den gleichen „Revanchismus“ wie nach dem Ersten Weltkrieg fürchteten, denn anders als 1918 hatte die Niederlage von 1945 die Deutschen nicht in den Nationalismus, sondern in den Pazifismus getrieben. Sie gründeten keine Freikorps, keine OAS wie die Algerien-Franzosen und keine PLO wie die Palästinenser. Sie unternahmen niemals ernstlich etwas, um diese Grenze zu ändern. Doch je weniger sie taten, desto hartnäckiger weigerten sie sich anzuerkennen, dass Deutschland nun an der Oder und westlichen Neiße endete. Auch Freunde Polens empfanden ähnlich. Als Willy Brandt die Gräfin Dönhoff einlud, ihn nach Warschau zur Unterzeichnung des Grenzvertrages zu begleiten, bat sie um Verständnis für ihre Absage. Sie wusste, dass alles im Osten verloren war, aber wollte nicht „auch noch das Kreuz darauf machen“. Um auch nur zu einer Normalisierung mit Polen zu kommen, war eine ganze Reihe politischer und moralischer Einsichten nötig. Ganz Europa betrachtete die Oder-Neiße-Grenze als endgültig, auch kein Verbündeter würde den Deutschen bei einer Grenzrevision helfen. Nicht die Polen hatten das Land geraubt, sondern Hitler hatte es verbrecherisch verspielt.

Nicht nur Deutschland, auch Polen hatte seinen Osten verloren. Die meisten Neusiedler in Schlesien, der Neumark, Pommern und Ostpreußen waren ebenfalls Vertriebene. Dem deutschen „Recht auf Heimat“ stand nun ein polnisches Recht auf Heimat entgegen.

Für die Deutschen war die Grenze ein nationales Problem, für die Polen eine Existenzfrage: Materiell wie psychologisch brauchte der „Staat auf Rädern“ endlich Grenzgewissheit. Was Deutsche von 1939 bis 1944 in Polen anrichteten, war das Schlimmste, das Land und Leuten jemals widerfuhr. Die Deutschen standen, trotz der Vertreibung, in polnischer Schuld.

Durch die ganzen 60er Jahre zog sich eine Diskussion, in der sich diese Einsichten wenigstens teilweise durchsetzten. Ohne diese Vorbereitung hätten Brandt und Scheel kaum wagen können, „die Ergebnisse der Geschichte anzunehmen“, wie der Kanzler zum polnischen Ministerpräsidenten Cyrankiewicz sagte. Aber ein Wagnis war es doch, gegen die zwanzig Jahre herrschenden Gefühle und Überzeugungen zu tun, was nötig war.

Missverständnisse und Missdeutungen schufen große Schwierigkeiten. So merkwürdig es für Westdeutsche klingen mag, die meinten und größtenteils noch heute meinen, der Westen habe sachlich und der Osten dogmatisch gedacht – es war gerade umgekehrt: Die Polen dachten historisch und die Westdeutschen ideologisch. Die Polen glaubten, im westlichen Deutschland wiederholten sich Weimar und der Nazismus: zuerst der Anspruch auf polnisches Land, dann der Angriff auf Polen. Für eine traumatisierte Generation häuften sich die gefährlichen Anzeichen: Alte Nazis in hohen Ämtern; Verschleppung notwendiger Prozesse: erst in den sechziger Jahren kamen die Täter von Auschwitz und Majdanek vor Gericht; die Sprache mancher Vertriebenen-Funktionäre; der Kult von Rechtsansprüchen bis zur Perversion: Die Nazis haben das Recht so oft gebrochen, deshalb dürfen Deutsche das Recht auf die Ostprovinzen nicht aufgeben. Nicht zuletzt eine neue deutsche Armee, die zur stärksten in Westeuropa werden und Atomwaffen bekommen sollte.

In Warschau, wie auch sonst im Osten, verkannte man, dass die Bonner Politik auf den Westen fixiert war und für den Osten kaum mehr als Worte hatte. Man mochte nicht glauben, dass die Oder-Neiße-Grenze weit mehr eine Frage der Innen- als der Ostpolitik war. Nur wenige sahen, wo das Problem der deutsch-polnischen Beziehungen lag, nicht in einem deutschen Drang nach Osten, sondern in deutscher Gleichgültigkeit gegen den Osten. Es war ein perfektes Missverständnis: Bundesdeutsche Kritiker warfen Adenauer vor, dass er dem Osten den Rücken zuwandte, Polen betrachteten ihn als neuen Kreuzritter auf dem Sprung nach Osten; im ganzen Land wurde ein Bild des Kanzlers im Mantel des Deutschen Ordens ausgestellt.

Jahrzehnte mussten vergehen, bis man in Polen, von Ausnahmen abgesehen, die Bonner Demokratie ernst nahm und zu glauben begann, dass dies nicht mehr das alte gefährliche Deutschland war.

Ebenso lange dauerte es, bis man in der Bundesrepublik, von Ausnahmen abgesehen, begriff, dass auch die polnischen Kommunisten, jedenfalls seit 1956, zuerst Polen und dann Kommunisten waren, soweit sie es überhaupt je waren. Fast die ganze Bundesrepublik lebte Jahrzehnte lang in der Vorstellung, der Osten sei ein „monolithischer“ Block, ohne Bewegungsmöglichkeiten für die Teile und geführt von machtgerigen Berufsrevolutionären, getrieben vom Ziel einer Weltrevolution. Die Auflockerungen wurden bemerkt, aber meist bezweifelt. Wenn die Kommunisten sich friedlich geben, erklärte Adenauer 1956, würden sie noch gefährlicher.

Da man bis in die siebziger Jahre wenig miteinander in Berührung kam, hielten sich auf beiden Seiten die Vorurteile. Umso stärker war dann die Überraschung, wenn ein Besuch ein ganz anderes Bild erbrachte. Ein polnischer Journalist, der Auschwitz überlebt hatte, fuhr 1973 zum ersten Mal in die Bundesrepublik, er war voller Zweifel gewesen gegen die Deutschen, aber kam erleichtert zurück: „Sie gehen bei Rot über die Straße.“

Die achtziger Jahre bargen besondere Probleme. Polen war geteilt in Solidarność und die „Macht“, auch Besucher aus dem Ausland wurden in den, unüberbrückbar erscheinenden, Gegensatz hineingezogen, auch sie sollten sich für die eine oder andere Seite entscheiden, und zwar ganz. Wer für die eine Seite Partei ergriff, wurde für die andere zum Gegner. Ich saß einmal im dpa-Büro meiner Kollegin Renate Marsch-Potocka und sprach mit zwei Vertretern von Solidarność. Im Nebenraum bewachte ein Mitarbeiter von dpa das Telefon, er hatte keine Ahnung, wer sich in unserem Raum befand, öffnete die Tür und rief laut: „Herr Rakowski möchte mit Herrn Bender sprechen.“ Die Unterhaltung mit den Solidarność-Vertretern war zu Ende.

Als die unabhängige Gewerkschaft gegründet wurde und sich zu einer das ganze Land erfassenden Oppositionsbewegung entwickelte, schwankten die Westdeutschen zwischen Bewunderung und Befürchtung. Die Polen wurden populär wie nie seit dem Aufstand von 1830, die private Hilfe übertraf die rhetorischen Bekundungen weiter westlich gelegener Länder. Befürchtung aber hegten die Politiker aller Parteien: Wird das ein zweites Ungarn, ein zweites Prag? Später fragten sich manche in Bonn, ob polnisches Kriegsrecht vielleicht besser sei als sowjetische Okkupation. Jaruzelski erschien als Patriot, Rakowski war bekannt als Reformier,

die sozialliberale Regierung sträubte sich gegen die Sanktions-Politik der Amerikaner, sie versuchte, mit der Warschauer Führung in Kontakt zu bleiben, und unterschätzte die Kraft der Solidarność. Vor allem sozialdemokratische Reisende ließen es in Warschau zu peinlichen Szenen kommen, mit den Herren des Kriegsrechts konferierten sie, und die Freiheitskämpfer berücksichtigten sie nur am Rande. Alle Beschwerden überzeugen allerdings nicht: Musste wirklich Brandt von Warschau nach Danzig fahren, um Walesa zu treffen, oder war der umgekehrte Weg nicht ebenso weit? Doch die Kränkung sitzt noch heute tief, weil sie sich mit Enttäuschung paarte, von Sozialdemokraten erwartete Solidarność mehr Solidarität als von anderen Parteien.

Die CDU profitierte von den Versäumnissen der SPD, obwohl sie selbst das Entscheidende versäumte, den Respekt vor dem Warschauer Vertrag, der Basis westdeutscher Polenpolitik. Der Vertrag verpflichtete aus Rechtsgründen nur die Bundesrepublik und nicht ein vereintes Deutschland. Unions-Politiker benutzten die Lücke, um zu behaupten, die Ostgebiete blieben deutsch, bis ein Friedensvertrag mit einem vereinten Deutschland die Ostgrenze festlege. Sogar Kabinettsmitglieder Kohls, die CSU-Minister Zimmermann und Waigel, dehnten die „offene“ deutsche Frage auf die Provinzen jenseits der Oder und Neiße aus. Der Bundeskanzler ließ es geschehen und verweigerte 1990 selbst ein unmissverständlich klares Wort zur Grenze, bis er den Unbelehrbaren in CDU und CSU erklären konnte: Wir müssen die Grenze anerkennen, sonst bekommen wir die Einheit nicht.

Der Vertrag, den die Regierung Kohl dann schloss, unterschied sich von Brandts Warschauer Vertrag kaum im Wortlaut, wohl aber im Geist. Brandt riskierte die Existenz seiner Regierung, Kohl nicht einmal zwei bis drei Prozent seiner Wähler. Brandt wagte den großen Schritt, um einen Neuanfang mit Polen zu erreichen, Kohl brauchte für den nationalen Verzicht eine nationale Zielsetzung. Brandt kniete in Warschau, Kohl hatte die Bundestagswahlen vor Augen und schickte Genscher zur Unterzeichnung in die polnische Hauptstadt.

Der Warschauer Vertrag war das schwerste, aber auch wirkungsvollste Stück Arbeit für die deutsch-polnische Verständigung. Hier mussten die stärksten Widerstände, vor allem der CDU/CSU, überwunden werden. Hier begann eine Begegnung zwischen Polen und Westdeutschen in einer Breite, über die auch die polnischen Behörden den Überblick verloren. Hier wurde der Grund gelegt, der ermöglichte, die schwierigen achtziger Jahre leidlich zu überstehen und nach dem Ende der sowjetischen Herrschaft ein Verhältnis zwischen Deutschen und Polen zu schaffen, wie es nie zuvor im 20. Jahrhundert bestanden hatte. Kohl musste nicht bei

Null anfangen, er stand auf Brandts Schultern. Dessen Warschauer Vertrag war nicht der erste und nicht der letzte Schritt auf dem langen Weg der Annäherung, aber der entscheidende.

Schließlich ist ein alter Ost-West-Unterschied zu nennen. Polen und Deutsche sehen nach Westen, die Polen treffen dabei zuerst auf die Deutschen, aber die deutschen treffen auf Frankreich, England, Amerika. Um es an einem banalen Beispiel zu erläutern: Wenn in Deutschland jemand die Stadt Bordeaux wie Bor-de-auks ausspricht, lacht man ihn aus; wenn er die Stadt Łódź nicht wie Lodsch, sondern korrekt ausspricht, versteht man ihn gar nicht. Das ungleiche Interesse aneinander trennt seit Jahrhunderten, die letzten zehn Jahre haben Besserung gebracht, aber es bleibt noch heute eines der Haupthemmnisse, die Deutschen und Polen den Zugang zueinander erschweren.

Ludwig Mehlhorn

Zwangsverordnete Freundschaft? DDR und Polen 1949-1990

Erst nach 1989 ist voll bewusst geworden, dass es zwischen den Gesellschaften auf den beiden Seiten von Oder und Neiße einen auffallenden Mangel an Kommunikation gibt. Woher kommt das, wenn doch seit Jahrzehnten die Volksrepublik Polen und die DDR offiziell „befreundet“ waren und jedenfalls „im selben Boot“ saßen, das sich „sozialistisches Lager“ nannte? Was war der Grund für diese Sprachlosigkeit und gegenseitige Ignoranz? Woher die Feindseligkeit und Abneigung, das stets neue Aufleben vergessener Vorurteile, die Unsicherheit im Umgang miteinander auch bei den Gutwilligen?

Steckt im Titel dieses Beitrags eine erste Antwort auf diese Fragen? Zwang und Freundschaft schließen sich logisch aus. Freundschaft kann entwickelt und gepflegt, aber niemals verordnet werden. Sicher ist jedoch, dass eine Verordnung mit Zwangsmitteln durchgesetzt – oder wie man damals sagte: „durchgestellt“ – werden kann.

Mit dem Begriff „Zwangsfreundschaft“ haben schon zu kommunistischen Zeiten nicht parteigebundene Intellektuelle und die demokratische Opposition das Verhältnis VPR-DDR charakterisiert. Der Begriff diente in erster Linie dazu, die Verlogenheit der staatsoffiziellen Propaganda bloßzulegen. Diese Propaganda hatte die Aufgabe, die hinter der Politik stehenden Interessen der herrschenden Politbürokratie zu verschleiern. Der Schleier musste deshalb zerrissen, die Inszenierung der Freundschaft als bloßes „Theater“ gezeigt werden. Der Begriff hatte in diesem Sinne eine aufklärerische, ideologiekritische Funktion. Eine andere Frage ist es, inwiefern er eine durchaus differenzierte Beziehungsgeschichte angemessen beschreibt, die nicht nur die offizielle Ebene der kommunistischen Parteien und der beiden Staaten einbezieht, sondern auch die Ebene der Gesellschaft und einzelne ihrer Gruppen berücksichtigt.

Von ihrer Gründung im Jahre 1949 bis zu ihrem Ende im Jahre 1989/90 blieben die geopolitischen und machstrategischen Eckpunkte für die Beziehungsgeschichte zwischen Polen und der DDR relativ konstant. Die DDR stand als westlicher Vorposten des sowjetischen Imperiums von Anfang unter dem Zwang, ihre Existenz nicht nur als sozialistischer Staat, sondern auch als deutscher Teilstaat neben der Bundesrepublik legitimieren zu müssen – nach außen und gegenüber der eigenen Bevölkerung. Nach außen tat das die kommunistische Führung, indem sie sich als Moskaus Musterschüler nahtlos und widerspruchlos in den Block

Block einfügte. Nach innen, indem sie der nach Kriegsende demoralisierten Bevölkerung erklärte, an der Seite der Sowjetunion gehörten sie zu den „Siegern der Geschichte“. Als Gegenleistung für diese Generalabsolution im Blick auf die Verstrickungen in den Nationalsozialismus wurde unbedingte Loyalität zur DDR und die Akzeptanz der führenden Rolle der SED erwartet.

Auch Polens Lage war nach dem Krieg geopolitischen Konstanten unterworfen. Als Opfer der nationalsozialistischen Aggression eigentlich zu den Siegerstaaten gehörend, geriet es unter sowjetische Dominanz und blieb bis 1989 in der Einflussphäre Moskaus. Als Staat im Osten von Stalin amputiert, wurde es Westen durch deutsche Gebiete entschädigt. Die neue umstrittene Westgrenze konnte nur von der Sowjetunion garantiert werden, und so blieb auch die polnische Politik an das Wohlwollen des Kreml gekettet. Die DDR musste – gegen anfängliche Widerstände – 1950 im Vertrag von Zgorzelec die Grenze an Oder und Neiße feierlich anerkennen. Es lag in der Logik dieser verordneten Freundschaft, dass Revisionsansprüche und Rückkehroptionen seitens der Flüchtlinge, Vertriebenen und Ausgesiedelten – in der DDR hießen sie offiziell „Umsiedler“ – nicht artikuliert werden konnten. Die DDR setzte in dieser Hinsicht einen „dicken Schlussstrich“ unter die Geschichte, ohne Rücksicht auf die Gefühle und Erwartungen der Menschen zu nehmen. Die Flucht aus der geschichtlichen Verantwortung bedeutete aber gleichzeitig die Tabuisierung gegenwarts- und zukunftsrelevanter Themen. Eine Vision für die Gestaltung der Nachbarschaft nach Krieg und Besatzung, Westverschiebung und Vertreibung konnte auf dieser Grundlage nicht entstehen.

Als sich die Ordnung von Jalta und Potsdam voll etabliert hatte, blieb mithin festzustellen, dass es sowohl für Polen als auch für die DDR zur erzwungenen Vasallentreue gegenüber der Sowjetunion keine Alternative gab. Die westdeutsche „Nichtanerkennungsfront“ zwang Polen in die Solidarität mit der DDR, die angesichts der Forderungen aus der Bundesrepublik nach einer Revision der Nachkriegsgrenzen die Rolle eines Pufferstaates spielte.

Die DDR wiederum konnte sich mit dem Hinweis auf die ungeklärte Grenzfrage als unentbehrlicher Bündnispartner profilieren. Sie gründete ihre Polenpolitik im wesentlichen auf Haßtiraden gegen die – angeblichen und tatsächlichen – westdeutschen Revanchisten. Bis in die siebziger Jahre auf diplomatischem Parkett isoliert, brauchte sie Polen als Fürsprecher in ihrem Streben nach internationaler Anerkennung. Insgesamt war diese Politik eine Mischung aus klassischer zwischenstaatlicher Diplomatie und Propagandagetöse. In den Beziehungen blieb jedoch der gesamte Bereich dessen unterbelichtet, was mit der damaligen *political cor-*

rectness in Konflikt hätte geraten können, aber für einen substantiellen deutsch-polnischen Dialog über die Zukunft von essentieller Bedeutung war – eine Auseinandersetzung über politische und moralische Schuld der Deutschen, über historische Verantwortung und die Konsequenzen für das zukünftige Verhältnis.

Das latente Misstrauen zwischen den politischen Führungseliten wurde aber auch durch aktuelle Entwicklungen genährt. Der Versuch Warschaus, im Oktober 1956 als Reaktion auf die Unruhen unter der Arbeiterschaft einen eigenständigen, nationalen Weg zum Sozialismus auszuloten, hatte bei den Genossen in der DDR neue Zweifel aufkommen lassen, ob die polnischen Kommunisten wirklich treu und prinzipienfest zum Sozialismus stehen. Ulbricht hatte den Arbeiteraufstand in der DDR im Juni 1953 mit sowjetischer Hilfe niedergeschlagen und das Chruschtschowsche „Taufwetter“ überstanden, ohne wesentliche Korrekturen am System vorzunehmen. In Polen dagegen brachte das Jahr 1956 eine für Ostblockverhältnisse weitgehende Liberalisierung des kulturellen und wissenschaftlichen Lebens.

In den siebziger Jahren profitierte auch die DDR zunächst von der Entspannungspolitik. 1972 wurden die Grenzen für einen *de facto* visafreien Reiseverkehr geöffnet. Die Zahl der direkten Begegnungen nahm rapide zu. Einige tausend Polen füllten als Vertragsarbeiter Lücken auf dem Arbeitsmarkt der DDR, ein reger Einkaufs- und Ferientourismus blühte. Viele DDR-Bürger entdeckten Polen als attraktives Reiseland, und viele fuhren nicht nur als Touristen. Sie ließen sich ein auf die Konfrontation mit der eigenen Geschichte, der man sehenden Auges als Deutscher in Polen nicht ausweichen konnte. Dazu musste man nicht unbedingt nach Auschwitz fahren, denn überall traf der aufmerksame Polenreisende auf die Spuren und die offenen Wunden der jüngsten Vergangenheit, was vielfach auch zur Korrektur des in der DDR gelernten Geschichtsbildes beitrug.

Für die Menschen aus der DDR war der Kontrast im kulturellen Klima besonders auffällig. Der polnischen Kultur dieser Zeit – und das hat natürlich mit einer Kulturtradition zu tun, die sehr viel älter ist als der Kommunismus – war ein subversiver Ton zu eigen, eine zu Aufrichtigkeit und Wahrheit anhaltende Geisteshaltung, verbunden mit der Fähigkeit zu Ironie und Selbstironie. Dies alles hat in der DDR weithin gefehlt, was auch die Auseinandersetzung mit der Realität des Kommunismus erschwert hat. Polen wurde zum Fluchtpunkt, heraus aus der kleinbürgerlich-spießigen Enge der DDR-Kultur.

Polen, dessen politische Kultur nicht im Obrigkeitsstaat geprägt wurde, wirkte auch in dieser Hinsicht als Gegenmodell. Wir haben in unserer deutschen politischen Kultur ein Erbe

der autoritären Anpassung zu bewältigen. In Polen stand das romantische Kulturmodell der Widerständigkeit und der Selbstbehauptung gegen fremde Unterdrückung dem herrschenden Zynismus, der Lüge, der organisierten Verantwortungslosigkeit, auch dem Denunziantentum im Wege und hat der anfänglich verführerischen Faszination des Kommunismus den Glorienschein genommen. In dieser Zeit entstanden viele persönliche Freundschaften, die keineswegs zwangsverordnet waren, aber gerade deshalb bei den Regierenden Argwohn weckten und teilweise auch in das Visier des Ministeriums für Staatssicherheit gerieten – dann nämlich, wenn sie mit einer oppositionellen Grundhaltung einhergingen.

Aber auch unter den relativ günstigen Bedingungen der siebziger Jahre ist ein nachhaltig auf Negativstereotypen verzichtendes, authentisches Polenbild in der Breite der Mehrheitsgesellschaft der DDR jedoch nicht entstanden. Die Polen kamen in die DDR vor allem zum Einkaufen, und in der Mangelgesellschaft wurde dies als Bedrohung empfunden (so wie heute Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt als bedrohlich empfunden wird). Witze und abfällige Bemerkungen waren im Umlauf, die Polen als raffgierige, arbeitsscheue und verschlagene Händler karikierten. Der alte deutsche Hochmut gegenüber den Polen, nationale Überheblichkeit und Schulmeisterei kamen in den Denk- und Verhaltensmustern des sozialistischen Kleinbürgers zum Vorschein.

Schon bald – nachdem in Polen die „Solidarnosc“ entstanden war – sollte sich zeigen, dass auch die offiziellen beiderseitigen Freundschaftsbekundungen stark von der politischen Konjunktur abhingen. Nicht obwohl, sondern weil das offizielle Bild von Polen als „Brudervolk“ von oben angeordnet war, ließ sich die verordnete Freundschaft auch wieder verbieten. Die SED hat mit sicherem Machtinstinkt sofort die Bedrohung durch „Solidarność“ erkannt. Eine freie und unabhängige Gewerkschaft, die als Massenorganisation den Führungsanspruch der regierenden Einheitspartei relativierte – das verstieß gegen elementare Prinzipien der Machtsicherung. Noch vor der offiziellen Zulassung der „Solidarność“ definierte die SED die Ereignisse als „Konterrevolution“ und schätzte die Lage in Polen „schlimmer als 1968 in der CSSR, schlimmer als unter Dubček“ ein. Ende Oktober 1980 beschloss die SED in panischer, aber übertriebener Angst vor dem „polnischen Virus“, den visafreien Reiseverkehr einseitig „zeitweise auszusetzen“. Nach der Registrierung der „Solidarität“ im November 1980 wollte Honecker selbst auf das „Blutvergießen“ als „das letzte Mittel“ nicht mehr verzichten, „wenn die Arbeiter- und Bauernmacht verteidigt werden muss“. Er konnte sich damit aber in Moskau nicht durchsetzen.

In den achtziger Jahren ging die Schere der gesellschaftlichen Entwicklung in beiden Ländern ein Jahrzehnt lang immer weiter auseinander. Die Entfremdung der beiden Gesellschaften beiderseits von Oder und Neiße nahm spürbar zu. Die Propagandakampagne der SED zeigte Wirkung – zwar nicht in dem Sinne, dass die Leute den Lügen Glauben schenkten. Aber die Einschüchterung funktionierte. Tief eingewurzelte antipolnische Vorurteile brachten den nationalistischen Resonanzboden in Schwingung, was zur Klimavergiftung in der DDR wesentlich beitrug.

Für die in den achtziger Jahren entstehende demokratische Opposition in der DDR war Polen indessen ein wichtiger, wenn auch kein entscheidender Bezugspunkt. Eine effektive politische Kooperation der Opposition in Polen und der DDR war schon deshalb unmöglich, weil die auf DDR-Seite aktivsten Personen mit Reiseverboten belegt waren. Doch in Polen hatte das seit Mitte der siebziger Jahre entwickelte Projekt der „selbstorganisierten Gesellschaft“ als Gegenentwurf zum quasi-totalitären Staat erfolgreich funktioniert. Es hatte zu einer Mobilisierung breiter gesellschaftlicher Schichten geführt und ermöglichte eine flexible Strategie oppositionellen Handelns. Durch den systematischen Aufbau einer Gegenöffentlichkeit in Gestalt unzensurierter Verlage war dem Staat praktisch das Informations- und Medienmonopol entzogen – ein unter kommunistischen Verhältnissen zentrales Herrschaftsinstrument. Für die Opposition in der DDR war die Entwicklung in Polen ein Lernfeld, obwohl sich die Bedingungen beiderseits von Oder und Neiße immer weniger ähnelten.

In der Endphase hat die offizielle DDR Polen wohl nur noch in den Kategorien von Abtrünnigkeit und Verrat wahrgenommen. Die Freundschaft stellte sich als das heraus, was sie immer schon gewesen war – ein ideologisches Konstrukt zur Camouflage der realen Herrschaftsverhältnisse.

Wolfgang Templin

Kommentierende Anmerkungen zum Referat von Ludwig Mehlhorn

Mein Versuch wird es sein, der im Rahmen dieses Colloquiums angestrebten Rollenverteilung halbwegs gerecht zu werden, also kein Co-Referat zu halten, sondern zu kommentieren und zu ergänzen, was Ludwig Mehlhorn vorgetragen hat. Mir scheint die Behandlung der DDR im Kontext des Colloquiums in zweierlei Hinsicht wichtig. Zum ersten: Wie war die Natur der Beziehung, DDR-Volksrepublik Polen? Zum zweiten: was folgt daraus für die Zeit nach 1989?

Zum ersten Punkt hat Ludwig Mehlhorn ja eine ganze Menge dargestellt. Klar wird daraus, dass die Art der Beziehung Polen-DDR, DDR-Polen, Bundesrepublik-Polen natürlich kaum zu vergleichen war. So schwer vergleichbar wie die Gesellschaftssysteme. Der flagranteste Gegensatz liegt in der Gegenüberstellung von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in den jeweiligen Beziehungsgeflechten. In der Bundesrepublik konnte das eine sehr wechselhafte Beziehung sein. Hier konnten die staatlichen Akteure mit Initiativen vorangehen und die Gesellschaft in einem bestimmten Moment zögernd sein. Hier konnten aber auch umgekehrt gesellschaftliche Versöhnungsinitiativen reifen und die Politik vorantreiben und voranbringen. Hier konnten sich zu je differenziert historischen Phasen andere Arten von Beziehungen entwickeln. In der DDR stand sich das im Wesentlichen dichotomisch gegenüber. Das, was zeitweise gesellschaftliches, und sei es minoritäres, Bedürfnis war, wurde von der staatlich verordneten Politik regelmäßig unterdrückt und konterkariert. Es gibt in dem hier vorgestellten Buch eine bezeichnende Einschätzung dazu. Von einer für unseren Zusammenhang ja nicht unwesentlichen Expertin, Frau Wolff-Powęska: „Der fehlende Austausch von Menschen, Ideen und Gedanken bewirkte, dass man aneinander vorbei oder gegeneinander lebte. Beurteilt man die Nachbarschaft Polen – DDR in diesem Kontext, so ist festzustellen, dass die verflochtenen 40 Jahre vergeudet wurden und heute alles vorne beginnen muss.“ Recht starker Tobak. Allerdings ist mir ist diese Einschätzung zu apodiktisch und zu glatt durchgezogen, als dass sie wirklich stimmen könnte. Weil sie nicht wahrnimmt, dass unter der festgefügt Systemdecke der DDR durchaus ein gesellschaftliches Eigenleben existierte. So fragmentarisch und immer wieder von Atomisierung bedroht es auch sein mochte. Aus diesem gesellschaftlichen Eigenleben, aus dieser gesellschaftlichen Entwicklung erwuchs etwas. Auf eine Menge davon hat Ludwig Mehlhorn schon hingewiesen.

Ich würde drei Ebenen sehen, die miteinander zusammenhängen aber die man doch auch einzeln wahrnehmen muss. Zunächst das, was aus der so genannten „Zwangsfreundschaft“, aus den offiziell verordneten Beziehungen, die ja eigentlich Nicht-Beziehungen waren, quasi überschüssig und gegenläufig herauswuchs. Es hat in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Materialien und Arbeiten gegeben, die diesen Prozess beschreiben. Ein Teil dieser Studien stammt von Personen, die selbst zu den offiziellen Beziehungen gehörten und sich dennoch erklärtermaßen anderen Motivationen und anderen Intentionen verschrieben. Teilweise mag es Rechtfertigungscharakter haben, wenn Leute, die Ferienlager organisierten, die Schulkontakte hatten oder die Gewerkschaftskontakte vorantrieben, die andere Seite dieser Begegnungen beschreiben, die nicht geplanten und kontrollierten Momente daran. Man muss diese Berichte kritisch lesen und die Befunde prüfen, wird dann aber eine ganze Menge davon finden, was auf einer zweiten Ebene, die individuell gestalteten Kontakte und Begegnungen vorbereitete und erleichterte.

Eine Ebene von privaten Beziehungen, von Kirchenkontakten, von inoffiziellen kulturellen Austausch, den es gab, brauchte Interesse, Neugier und eine gewisse kulturelle Vertrautheit. Ludwig Mehlhorn ging sehr prägnant auf die Schlüsselfunktion ein, die die 70er Jahre in diesem Zusammenhang hatten. In Polen war es die so genannte *Epoka Gierka*, wie Kazimierz Wóycicki sie einmal sehr schön schilderte: kleiner Fiat und Coca-Cola. Und in der DDR wurde die frühe Honecker-Zeit, dadurch eine Phase zivilisatorischer Erleichterung, dass das Fenster zum Osten, für den der wollte, für den der jung und neugierig genug war, doch ein Stückweit aufging. In dieser Zeit wuchsen die spontanen kulturellen Kontakte auch der jüngeren Generation. Nicht nur nach Polen, aber Polen war ein Schlüsselland. Natürlich waren auch die Tschechoslowakei und Ungarn beliebte Reiseländer. Aber ich denke, dass Polen aufgrund seines „Taufwettervorsprungs“ die kulturell größte Spannung hervorbrachte und die größte Neugier provozierte. Theater die Kult-Status hatten, die Juvenalia in Kraków, die Jazz-Jamboree in Warschau, die dortige Buchmesse und die Möglichkeit auf dem Umweg über den Osten an Westliteratur und Westpresse zu kommen – man könnte unzählige weitere Beispiele nennen.

Und dann kommt die dritte, viel kleinere Ebene, die darauf aufruhrt und zum Schluss erhebliche Bedeutung gewinnt. In den späten 70ern und den 80er Jahren erfindet eine neue Generation der DDR die Geschichte für sich noch einmal, ein kleiner Teil dieser Generation geht verspätet und viel stärker isoliert als in anderen osteuropäischen Ländern in den Widerstand

und die bewusste politische Opposition. Auf diesem Weg das Beispiel Polens deutlich vor Augen. Hier ist jetzt folgendes Wichtig: Mindestens ab dieser Phase - Basil Kerski hat das in einem Beitrag, der glücklicherweise nicht teilt, sondern nichtstaatliche Akteure deutsch-deutsch zusammenzieht und die Entwicklung des Potentials nichtstaatlicher Akteure beschreibt, sehr schön dargestellt- verbinden sich nichtstaatliche Akteure aus der Bundesrepublik und individuelle oder gegenstaatliche Bemühungen aus der DDR miteinander. Mir und anderen aus dem DDR-Oppositionskontext sind spätestens seit Anfang der 80 Jahre so wichtige nichtstaatliche Akteure des bundesdeutsch-polnischen Dialogs wie Elisabeth Weber, Ruth Henning, Christian Semler und viele andere, bekannt und vertraut. Wir hätten bei unserem räumlichen Abgeschnitten sein, beim Unterbrechen aller Kontakte, die man für uns unterbrechen konnte, beim kollektiven Landesarrest, den man verhängte, nicht einmal das Wenige, was wir zustandebrachten, hinbekommen ohne diese sehr wichtige und intensive deutsch-deutsch-polnische Vermittlungsarbeit auf der nichtstaatlichen Ebene.

Was das jetzt für die neue Situation bedeutet, für die Situation in den 90er Jahren, auch darauf ging Ludwig Mehlhorn ja ein. In meiner Wahrnehmung und Einschätzung hat sich über 1989 hinweg eben nicht nur die Sprachlosigkeit fortgeschrieben. Das ist der auffälligste, der beunruhigendste und sicher auch der schwierigste Befund, dem wir uns stellen müssen.

Wir müssen und können das, was zu ganz anderen Bedingungen als in der Bundesrepublik positiv entstand, im Gegeneinander und nicht im Miteinander zu staatlichen Initiativen, durchaus weiter wahrzunehmen. Was in dieser DDR-Zeit auf den verschiedenen Ebenen, die ich nur ganz kurz benennen konnte, entstand, ist anzusehen und für die Jetzt-Zeit neu bestimmen. Es ist ja in der Elitenstudie, die als zweiter Band hier vorliegt, der Versuch unternommen worden für die Fragen der weiteren Formung einer solchen Interessen- und Wertegemeinschaft Umfragen zu machen. Ich lege den eigenen Schwerpunkt bewusst auf den zweiten Teil, die Wertegemeinschaft, weil der uns wahrscheinlich näher ist. Es gilt für die Entwicklung von Wertegemeinschaften einen Elitenbegriff heranzuziehen oder eine bestimmte Grundlage für die Bestimmung von Eliten zu wählen. Wenn ich von Sprachkenntnissen, Kulturvertrautheiten und tatsächlich auch individueller Aktivität in diesen Beziehungen ausgehe, dann schwebt mir ein anderer erweiterter ergänzender Elitenbegriff vor, der gerade auch für die Frage DDR, Neue Bundesländer, entscheidende Bedeutung hat. Ich nenne das mal, ich will hier keinen Theoretikerstreit vom Zaun brechen, „Verantwortungseliten“. Funktionseliten, die in der Elitenstudie erforscht wurden, müssten in einer solchen Sicht ergänzt werden

durch einen Personenkreis, der, jetzt meiner Rückschau folgend, bereits in der DDR diese Beziehungen anbahnte. Sei es als kulturell Aktiver, sei es als Schriftsteller, sei es als jemand, der im Rahmen der Kirche arbeitete, sei es als jemand, der sich zu dieser winzigen Minderheit DDR-Opposition bekannte. Diese Leute sind heute weit verstreut. Das mag ein Superintendent in der Uckermark sein, ein Theologe, der dort in Grenznähe ständig mit diesen Kontakten zu tun hat. Das mögen Leute in sozialen und kulturellen Initiativen sein, die diese Frage für sich überhaupt nicht vergessen haben. Und jetzt kommt das für mich Spannendste. Dass nämlich in den vor uns liegenden zehn Jahren, die, da setzte ich Übereinstimmung bei uns voraus, für die Fragen der Entwicklung einer solchen Interessen- und Wertegemeinschaft im deutsch-polnischen Verhältnis einigermaßen entscheidend sein werden, zugleich entscheidende Fragen des noch nicht bewältigten deutsch-deutschen Verhältnisses gestellt werden. Das, was so schön mit Kluft im Einigungsprozess erfasst wird. Gerade die Auseinandersetzungen der letzten Zeit um Wolfgang Thierse sind dafür ein gutes Beispiel.

Und hier stelle ich jetzt an diesem Schnittpunkt folgende gemeinsame Frage und Aufgabe fest: Thierse und andere sagen zurecht, in den neuen Bundesländern muss Identifikation, Identität geschaffen werden. Es kommt auf eine Elite an. Und hier werden wir, mit dem was Funktionseliten zu leisten vermögen, natürlich überhaupt nicht hinkommen. Die fehlende oder viel zu dünne Decke einer zivilen Gesellschaft in den neuen Bundesländern ist bekannt und benannt, mit Radikalisierungstendenzen konfrontiert. Die Schwäche in der Austragung von Konflikten ist zugleich das entscheidende Manko. Das wäre für die selbstbewusste, eigenständige, starke Beteiligung an der Entwicklung dieser Interessen- und Wertegemeinschaft notwendig. Und die Chance, die es gibt, denke ich, und das wird in den nächsten Jahren ineinander greifen, für Deutschland vor allem als Akteur in der Bewältigung der innerdeutschen Frage und in dem souveränen Umgang mit diesen deutsch-polnischen Fragen, wird darin bestehen, diese deutsch-deutsche Fall- und Klufthöhe, die es gibt, gerade auch in der Elitensituation, gerade in der Frage Wahrnehmung von Verantwortung innerdeutsch wie gegenüber dem Nachbarn an dieser Nahtstelle aufzuarbeiten.

Und nach meiner Einschätzung, das wäre meine abschließende Hypothese, wird es aus diesen minimalen aber vorhandenen Voraussetzungen eigenständiger Kontakt- und Partnerschaftsarbeit in der früheren DDR und dem Festhalten an diesen Intentionen und auch Erfahrungen, entscheidend hängen, ob wir in den nächsten zehn Jahren einen Zugang gewinnen zu den Initiativen von Personen und den Möglichkeiten kollektiven Handelns. Ob wir über die

Köpfe abheben, uns auf die falschen Partner konzentrieren oder ob wir den Anspruch, der in diesen Büchern und der in diesem, denke ich, auch Colloquium steckt, ernst nehmen. Die Frage deutsch-polnischer künftiger Gemeinschaft ist entscheidend eine gesellschaftliche. Dabei ist Politik, dabei sind Funktionseliten, entscheidend gefragt. Aber sie alleine werden nicht reichen.

Basil Kerski

Vergesellschaftung der Außenpolitik. Die Rolle nichtstaatlicher Akteure in den deutsch-polnischen Beziehungen vor 1990.

1. Ein Merkmal des deutsch-polnischen Verhältnisses ist nicht nur das von den politischen Eliten artikulierte Bewusstsein der gemeinsamen „Interessengemeinschaft“. Von dem Verhältnis Deutschlands zu anderen mittel- und osteuropäischen Staaten unterscheidet es sich durch die Qualität der nichtstaatlichen Kontakte vor 1990. Dieses wird deutlich, wenn ein Vergleich zu den deutsch-tschechischen Beziehungen gezogen wird. Interessanterweise hat der Prager Publizist Petr Prihoda im Zusammenhang mit den problematischen deutsch-tschechischen Versuchen der Vergangenheitsbewältigung in den letzten Jahren darauf hingewiesen, dass im Gegensatz zu den Tschechen, in Polen bereits früh außerhalb des staatlich kontrollierten Dialogs der Versuch unternommen wurde, die deutsch-polnischen Vergangenheit ideologiefrei darzustellen und sich konsequent mit eigener Schuld gegenüber Deutschen auseinanderzusetzen. Als herausragendes Ereignis ohne Parallelen in anderen bilateralen Verhältnissen hat Prihoda den Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen von 1965 genannt.

Im Falle der deutsch-polnischen Beziehungen kann man demnach Ansätze von einer „Vergesellschaftung der Außenpolitik“ vor 1990, noch vor dem Zusammenbruch des Sowjetblocks und dem Beginn des Systemwechsels in der DDR und Polen, erkennen. Der Begriff der „Vergesellschaftung“ wird in der Politikwissenschaft nur im Zusammenhang mit den bilateralen Beziehungen zwischen Demokratien beziehungsweise offenen Gesellschaften gebraucht. Im Falle der deutsch-polnischen Beziehungen vor 1990 kann nur die Bundesrepublik als Demokratie beziehungsweise offene Gesellschaft charakterisiert werden, die DDR und die Volksrepublik Polen müssen als autoritäre Regime beziehungsweise geschlossene Gesellschaften bezeichnet werden. Diese beiden autoritären Regime haben bis zum Systemwechsel von 1989/1990 konsequent das außenpolitische Monopol der herrschenden Einheitsparteien zu sichern versucht und waren daher an einer Vergesellschaftung beziehungsweise Demokratisierung von bilateralen Beziehungen nicht interessiert. Wie sind aber die Ansätze einer Vergesellschaftung der Außenpolitik vor 1990 zu erklären?

Nach dem Scheitern des totalitären Herrschaftsmodells im Sowjetblock 1956 versuchten die polnischen Kommunisten durch eine Öffnung der Gesellschaft, durch Liberalisierungsmaßnahmen die Stabilisierung ihres autoritären Herrschaftssystems zu erreichen. Politisch erhofften sie sich dabei die Unterstützung von breiteren Gesellschaftsgruppen sowie die Verbesserung der ökonomischen Leistungsfähigkeit. Die diktatorische Monopolstellung der pro-sowjetischen Einheitspartei im Staat und in der Gesellschaft durfte dabei nicht in Frage gestellt werden. Dieser Prozess lief in Polen von 1956 bis 1989 ab und hat - trotz Phasen von gewaltsamen Versuchen der Einschränkung der gesellschaftlichen Freiräume wie nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 - kontinuierlich zur Öffnung der polnischen Gesellschaft geführt.

Die Bedingungen für die Entwicklung für polnisch-bundesrepublikanischen Kontakte außerhalb der Regierungsrahmens waren günstiger als im Verhältnis Bonns zu anderen Sowjetblockstaaten. Die kommunistischen Eliten Polens haben eine Veränderung des *status quo* im Nachkriegseuropa zwar nicht angestrebt, jedoch mit ihrer Politik des Dialogs mit Bonn, durch ihre im Vergleich zu anderen Staaten des Ostblocks liberale Handhabung des Reiseverkehrs, durch die Unterstützung kultureller und wirtschaftlicher Zusammenarbeit, viel zur Veränderung der Perzeption der Bundesrepublik sowie zur Entstehung von Freiräumen in den bilateralen Kontakten beigetragen. Die Wende im Verhältnis der Volksrepublik Polen zu der Bundesrepublik hängt entscheidend damit zusammen, dass Warschau aber auch Moskau in Bonn einen wichtigen Wirtschaftspartner entdeckten. Das Jaruzelski-Regime wiederum musste nach der Verhängung des Kriegsrechts die Erfahrung machen, dass die Einschränkung der Freiräume verheerende Folgen für die ökonomische Situation hatte. Das Regime war Mitte der achtziger Jahre zu einem Umbau des maroden Wirtschaftssystems gezwungen und musste erkennen, dass die ökonomischen Reformen von gesellschaftlichen Fragestellungen nicht abgekoppelt werden konnten. Das führte erneute zur Liberalisierung, die sich unter anderem in größerem Reiseverkehr sowie in der die Lockerung der Zensurmaßnahmen Ende der achtziger Jahre äußerte. Dabei konnte die Entideologisierung des wissenschaftlichen Diskurses, des Journalismus sowie der politischen und historischen Publizistik voranschreiten, was sich auch auf die Rezeption der beiden deutschen Staaten sowie der deutsch-polnischen Beziehungen auswirkte. Diese Freiräume wurden natürlich von den antikommunistischen Kräften genutzt, um eigene Kontakte zu den deutschen Staaten zu knüpfen. Die Öffnung der polnischen Gesellschaft und die damit zusammenhängende Vergesellschaftung der Beziehungen zwischen

Bonn und Warschau stellte somit immer mehr die durch die Sowjetführung vorgegebene deutschlandpolitischen Doktrin in Frage.

2. Die Autoren der neuen polnischen Deutschlandpolitik nach 1989 und somit auch des Begriffs der „deutsch-polnischen Interessengemeinschaft“ sind hauptsächlich unter ehemaligen nichtstaatlichen Akteuren zu finden. Lange vor dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime hatten diese Akteure die inhaltliche Neugestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen vollzogen. Für die polnische Seite dieses nichtstaatlichen Dialogs gilt, dass ihre Akteure während des Systemwechsels eine tragende politische Rolle gespielt haben. Unter den nichtstaatlichen Akteuren, die an der Herausbildung einer „deutsch-polnischen Interessengemeinschaft“ vor 1989 maßgeblich beteiligt waren, sind vor allem das kirchliche Kontaktnetz, die demokratische Opposition in Polen und in der DDR sowie das polnische Exil - hier ganz besonders die Zeitschrift *Kultura* – hervorzuheben.

Unter dem Schutz der katholischen Kirche konnte sich nach Krieg eine demokratisch und liberal gesinnte Laienbewegung in Polen entwickeln, der nach dem Tauwetter von 1956 eine wichtige Rolle in der antikommunistischen Opposition zukommen sollte. Zu den herausragenden Akteuren der Laienbewegung gehörten der spätere polnische Premierminister Tadeusz Mazowiecki sowie der Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels und spätere Außenminister Władysław Bartoszewski. Aktive Unterstützung und Schutz fanden die Laiengruppen bei Vertretern des Episkopats, wie z.B. beim Krakauer Bischof Karol Wojtyła. Über die Union der Ökumene pflegten die katholische Kirche Polens und ihre Laiengruppen Kontakte nicht nur zur katholischen sondern auch zur evangelischen Kirche in den beiden deutschen Staaten. Wichtige Partner der polnischen katholischen Laiengruppen, die sich nach 1956 offiziell als *Klubs der katholischen Intelligenz (KIK)* organisierten, waren in der Bundesrepublik der *Bensberger Kreis*, eine Gruppe liberaler katholischer Intellektueller. In der DDR war es vor allem die in den sechziger Jahren von Lothar Kreyssig und Martin Niemöller gegründete *Aktion Sühnezeichen*, eine in beiden deutschen Staaten tätige Initiative.

Einige junge Aktivisten der *Aktion Sühnezeichen* spielten in den siebziger und achtziger Jahren eine wichtige Rolle in der demokratischen Opposition der DDR. Sie beschränken ihre Kontakte nicht nur auf die *KIKs*, sondern standen auch dem u.a. von Jacek Kuroń und Adam Michnik 1976 initiierten *Komitee zur Verteidigung von Arbeitern (KOR)* nahe. Die Mitglieder

des *KOR* spielten gemeinsam mit Vertretern des *KIKs* als Berater eine wichtige Rolle bei der Gründung der freien Gewerkschaft *Solidarność*.

Mit dem *Tauwetter* 1956 sicherte das kommunistische Regime um den Generalsekretär Gomulka einer kleinen Gruppe von katholischen Laien, der sogenannten *Znak*-Gruppe, fünf Sitze im polnischen Parlament, dem Sejm, zu. Diese von Stanisław Stomma geleitete Gruppe war bis 1976 im Sejm vertreten. Sie konnte seit den sechziger Jahren, also noch vor dem Beginn Normalisierung der Beziehungen zwischen der VR Polen und der Bundesrepublik, offizielle Kontakte zu allen im Bundestag vertretenen Parteien pflegen. Spätestens mit der Auflösung der *Znak*-Gruppe 1976 kam es zur endgültigen systematischen Zusammenarbeit zwischen katholischen Intellektuellen und jüngeren, linken aber antikommunistischen Oppositionellen. Das sich seit 1976 entwickelnde breite antikommunistische Bündnis versuchte, in allen Politikbereichen alternative Konzeptionen zum Realsozialismus zu entwickeln. Im Vordergrund standen natürlich demokratiethoretische Überlegungen sowie ökonomische und sozialpolitische Fragen. Jedoch wurde auch Möglichkeiten einer Neugestaltung der polnischen Europa- und Deutschlandpolitik erörtert.

Auf polnischer Seite darf der Beitrag des Exils zur Neuentwicklung des außenpolitischen Denkens nicht vernachlässigt werden. Maßgebliche Überlegungen über die Zukunft der polnischen Staatlichkeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und über das Verhältnis zu Deutschland entwickelte die seit 1947 im Paris erscheinende polnische Exilzeitschrift *Kultura*. Die von Jerzy Giedroyc, einem Presseoffizier der Exilarmee und früheren Regierungsbeamten, herausgegebene Monatszeitschrift konnte zwar keine wichtigen politischen Kontakte nach Deutschland knüpfen, arbeitete aber seit 1956 besonders eng mit Vertretern der *KIKs*. Einige von ihnen publizierten unter Pseudonym in der *Kultura*. Auch nichtkatholische Dissidenten zählten zu den Lesern und Autoren der legendären Pariser Exilzeitschrift. Der „politische Realismus“ der *Kultura* hatte einen wesentlichen Einfluss auf das außenpolitische Denken der demokratischen Opposition in Polen.

Die Überlegungen dieser spätestens seit 1976 eng zusammenarbeitenden drei wichtigsten antikommunistischen Milieus (*KIKs* - nichtkatholische Oppositionelle - liberales Exil) flossen nach dem Zusammenbruch der DDR in das Konzept einer neuen polnischen Außenpolitik der Mazowiecki-Regierung ein und wurden zu Beginn des polnischen Systemwechsels 1989/1990 auch von Staatspräsident Wojciech Jaruzelski und anderen Vertretern der *PVAP*,

von deren Unterstützung das Schicksal des polnischen Demokratisierungsprozesses abhing, akzeptiert.

Folgende wichtige Elemente sind in den deutschlandpolitischen Konzepten der nicht-staatlichen polnischen Akteure zu finden:

- Die gemeinsame Geschichte sollte sachlich aufgearbeitet werden. Auf polnischer Seite begann eine Diskussion über die eigene Schuld an der Vertreibung der Deutschen.
- Die Vereinigung Deutschlands wurde als Voraussetzung für den Rückzug der Sowjetunion aus Mitteleuropa und somit für die Rückgewinnung der Souveränität des polnischen Staates angesehen.
- Von einem vereinigten Deutschland wurde die Unantastbarkeit der polnischen West-Grenze gefordert beziehungsweise die dazu nötige vertragliche Absicherung. Ein souveräner polnischer Staat wiederum sollte keine Gebietsansprüche gegenüber anderen Nachbarn erheben.
- Ein vereinigtes Deutschland sollte bündnispolitisch nicht neutral sein und in die westlichen Strukturen (NATO, EG) integriert werden. Die Westintegration Deutschlands sollte Polen die Möglichkeit für die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Westintegration eröffnen.
- Deutsche und Polen sollten sich gemeinsam für die weitere Integration Europas einsetzen.

Wenn man den konzeptionellen Beitrag zur Neugestaltung der bilateralen Beziehungen zu Grunde legt, so ist klar, dass in Folge dieses Kriteriums zahlreiche, besonders in den achtziger Jahren intensiv entwickelte Initiativen des kulturellen und karitativen Bereichs aus der engeren Auswahl der politisch einflussreichen politischen Akteure herausfallen. Dies gilt für die seit den siebziger Jahren in der Bundesrepublik entstandenen zahlreichen regionalen deutsch-polnischen Gesellschaften, die sehr vorsichtig bei der Auseinandersetzung mit politischen Fragen waren und in den achtziger Jahren den Kontakt zur antikommunistischen Opposition in Polen und außerhalb Polens scheuten. Natürlich lassen sie sich aus der deutsch-polnischen Lobby aus der Zeit vor 1989 nicht ganz ausschließen, zumal sich zwischen den deutsch-polnischen Gesellschaften und den bereits genannten Initiativen vielfach personelle Überschneidungen feststellen. Auch muss berücksichtigt werden, dass die vielfältigen kulturellen und karitativen Initiativen der deutsch-polnischen Gesellschaften wesentlich Anteil zur Ver-

besserung der Wahrnehmung von Deutschen in Polen hatten und damit eine Grundlage für die Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen nach der Wende gelegt haben.

Nicht vergessen werden darf auch, dass seit den sechziger Jahren einzelne Journalisten und Publizisten eine bedeutende politische Rolle in den deutsch-polnischen Beziehungen gespielt haben. Auf deutscher Seite sind hier vor allem Ludwig Zimmerer, Hansjakob Stehle, Peter Bender, Marion Gräfin Dönhoff, Henri Nannen oder Klaus von Bismarck zu nennen. Auf polnischer Seite ist - neben den Publizisten der katholischen Presse - vor allem der Chefredakteur der Wochenzeitung *Polityka* und spätere polnische Premierminister Mieczysław Rakowski als wichtiger nichtstaatlicher Akteur der sechziger und siebziger Jahren hervorzuheben. Bedeutend für die Annäherung zwischen Deutschen und Polen waren nicht nur ihre journalistischen Arbeiten sondern auch ihre politisch vermittelnden Aktivitäten, vor allem bei der Vorbereitung des Warschauer Abkommens vom Dezember 1970, also noch vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen.

3. Die polnisch-bundesrepublikanischen Beziehungen außerhalb der Regierungsebene wiesen bereits vor 1990 folgende Elemente der Vergesellschaftung auf, die bislang nur im Zusammenhang mit bilateralen Beziehungen zwischen Demokratien aufgeführt wurden:
 1. Es existierte ein Kooperationsnetz zwischen Eliten, über das Informationen und Meinungen ausgetauscht oder persönliche Kontakte geknüpft werden konnten.
 2. Über dieses gewachsene Kooperationsnetz konnten wichtige Informationen und Erkenntnisse über relevante neue Entwicklungen, Herausforderungen und gegebenenfalls über Gefahren in die politischen Prozesse beider Länder eingebracht werden.
 3. Dieses Kontaktnetz konnte auch bei der gesellschaftlichen Unterfütterung von veränderten außenpolitischen Prioritäten wirksam werden. Das nichtstaatliche Kontaktnetz verband Personengruppen mit ähnlichen Zielsetzungen, die sie gemeinsam in ihren Gesellschaften durchzusetzen versuchten.

Wesentlich anders entwickelte sich das Verhältnis zwischen Polen und der DDR. Mit der Öffnung der Grenzen in den siebziger Jahren konnten sich Ansätze eines Kooperationsnetzes nichtstaatlicher Akteure herausbilden. Durch die Schließung der DDR Grenze zu Polen wurden diese Vergesellschaftungstendenzen der Außenpolitik unterbunden, die Kooperation zwischen nichtstaatlichen Akteuren war kaum möglich. SED-kritischen, an Polen interessierten

Eliten blieb nur noch die Möglichkeit, in die wenigen sich bietenden Freiräume innerhalb der Kirchen, in denen ein ideologiefreies Nachdenken über die politischen Entwicklungen im Nachbarland und über die deutsch-polnischen Beziehungen möglich waren, zurückzuziehen. Die Herausbildung von Ansätzen einer Vergesellschaftung der bilateralen Beziehungen zwischen Bonn und Warschau bereits vor dem Zusammenbruch des Sowjetblocks schaffte eine günstige Ausgangsbasis für den 1990 einsetzenden Integrationsprozess zwischen den beiden Staaten. Zwar war zu Beginn des Transformationsprozesses in Polen die Kompatibilität der beiden Wirtschaftssysteme und die ökonomische Verflechtung noch kaum gegeben, dennoch war ein wichtiges Element des beginnenden Integrationsprozesses bereits erkennbar: Mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems kam in Polen eine politische Elite an die Macht, die in den vorhergehenden Jahrzehnten an der Herausarbeitung einer kollektiven Identität auf der Basis von Wertekomplementarität zwischen Deutschen und Polen wesentlichen Anteil hatte. Durch die Herausbildung dieser kollektiven Identität zwischen den politischen Akteuren, aber auch Teilen der Gesellschaft, konnte nach 1990 ein Integrationsprozess einsetzen, der sich die Reduktion der Distanz zwischen der Gesamtbevölkerung beider Staaten zum Ziel setzte.

Markus Mildenberger

Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1990:

Eine Werte- und Interessengemeinschaft?

1.) Im letzten Jahr gab es im „Tagesspiegel“ einen gelungenen Bericht des polnischen Publizisten Janusz Tycner über das so genannte "Millennium" der deutsch-polnischen Nachbarschaft. Den Anlass bot der tausendste Jahrestag der Gnesener Begegnung zwischen Kaiser Otto III. und dem polnischen Herzog Bolesław dem Tapferen am Grab des Heiligen Adalbert. Die Treffen der Staatsoberhäupter im März 2000 und der Regierungschefs im April 2000 in Gnesen sollten noch einmal die Zugehörigkeit Polens zu Europa dokumentieren und auch quasi eine neue Formel der deutsch-polnischen Beziehungen schaffen, nämlich die von "1000 Jahren deutsch-polnischer Nachbarschaft". Wenn es einem Historiker auch fragwürdig erscheinen mag, so ist doch der wohlgemeinte Versuch nachvollziehbar, eine neue, positiv besetzte Formel in die Welt zu setzen. Das erstaunt allerdings, da wir eigentlich bereits schon seit 1990, erstmals benannt durch den damaligen Außenminister Krzysztof Skubiszewski, über eine attraktive Formel verfügen, nämlich die Formel der "deutsch-polnischen Interessengemeinschaft". Auch der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag von 1991 spricht von "gemeinsamen Interessen" und von einer "gemeinsamen Verantwortung für den Aufbau eines neuen, durch Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vereinten freien Europas". Im Unterschied zu dieser modernen Begründung von Partnerschaft erscheint die Formel eines "Millenniums" der deutsch-polnischen Nachbarschaft, 1000 Jahre nach dem Treffen am Grab des Heiligen Adalbert, unzeitgemäß und letztendlich unbrauchbar.

2.) In meinem Referat möchte ich versuchen, einige Grundlinien und Hauptentwicklungen der deutsch-polnischen Beziehungen in den 90er Jahren darzustellen. Heute morgen bereits haben wir Referate zu der Zeit vor dem Umbruch von 1989/1990 gehört, die wichtig sind, um überhaupt zu verstehen, was danach geschehen ist. Vereinfacht gesagt, kann man sagen, dass fast neunzig Jahre des vergangenen 20. Jahrhunderts im Prinzip von einem deutsch-polnischen Gegensatz, von Konfrontation, zeitweise sogar von Krieg überschattet wurden. Der deutsch-polnische Antagonismus des 20. Jahrhunderts ist im Prinzip das Ergebnis des Nationalismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts, der diesen Gegensatz erst aufgebaut hat. Nach 1945 verhinderte dann die Einbindung in unterschiedliche Blöcke, die Erfahrung von

Krieg und Vertreibung, eine grundlegende Revision dieses historischen Bildes. Obwohl wir aus den vorangegangenen Referaten erfahren haben, dass es auf der nicht-staatlichen Ebene, teilweise ja dann auch auf der staatlichen Ebene, sehr wohl Ansätze zu einer Aufweichung des Antagonismus gab. Dennoch entstand erst durch den Umbruch zunächst in Polen, dann in der DDR und schließlich mit der deutschen Vereinigung die notwendige Konstellation für einen Neubeginn der Beziehungen. Erstmals grenzte ein demokratischer deutscher Staat an einen demokratischen polnischen Staat und - dies ist ein wesentlicher Unterschied gegenüber dem Verhältnis von Weimarer Republik und Zweiter Polnischer Republik - ohne gegenseitige Gebietsansprüche. Zweitens konnten sich die bilateralen Beziehungen erstmals ungehindert von Rücksichten auf die Sowjetunion und insbesondere die DDR entwickeln, die als "dritter Mitspieler" immer in den Beziehungen Bonn-Warschau präsent und argwöhnisch gegenüber jeder Annäherung gewesen war. Drittens blieb auch das vereinigte Deutschland fest in die westlichen Strukturen integriert, was für Polen die Voraussetzung war für Punkt vier, nämlich die klare außenpolitische Westorientierung der polnischen Elite. Diese Orientierung setzte sich schon sehr bald nach der politischen Wende in Polen durch, nachdem es anfangs auch Überlegungen einer Mittlerrolle zwischen Ost und West gegeben hatte, die vor allem mit Bedenken über die zukünftige Rolle Deutschlands in Mitteleuropa zusammenhingen. Davon verabschiedete man sich in Warschau jedoch sehr schnell und ging in Richtung einer klaren Westorientierung.

3.) Zu Beginn setzte diese günstige Konstellation mal einen Versöhnungsprozess zwischen Deutschland und Polen in Gang, der eigentlich die erste Hälfte der 90er Jahre bestimmte. Die gemeinsame Geschichte war einerseits eine Belastung, die es zu überwinden galt. Andererseits bot sie eine Menge Anknüpfungspunkte. Von Herrn Bingen haben wir heute bereits erfahren, dass die Kernprobleme der deutsch-polnischen Beziehungen eigentlich schon vor 1989 abgearbeitet waren, ein Prozess der eben durch die leidvollen Erfahrungen der Geschichte motiviert war.

Der symbolische Beginn der Versöhnungsphase auf der politischen Ebene war die Versöhnungsmesse im Niederschlesischen Kreisau am 12. November 1989 unter Beteiligung der beiden Regierungschefs Kohl und Mazowiecki. Diese Geste ist insofern wichtig, als dass durch die Gegenseitigkeit der Vergebung das Täter-Opfer-Schema, welches zwischen Deutschen und Polen bis dahin noch galt, aufgebrochen wurde. Danach war es im Prinzip erstmals erlaubt, auch über die Vertreibung der Deutschen zu sprechen, wie auch über die Existenz

einer deutschen Minderheit in Polen, was zuvor nicht möglich gewesen war. Obwohl das damalige Treffen in Kreisau wie auch der gesamte Staatsbesuch Helmut Kohls heute als wichtiger Schritt im Versöhnungsprozess gewertet wird, war die damalige Wahrnehmung von polnischer Seite keineswegs von Euphorie bestimmt, sondern letztendlich vor allem von Enttäuschung und Verstimmungen. Die neue demokratische Regierung Polens hatte von Helmut Kohl eigentlich eine verbindliche Grenzgarantie erwartet, die dieser damals noch nicht geben wollte oder noch nicht geben konnte. Im Ergebnis war die außenpolitische Konstellation zwischen Deutschland und Polen eher schwieriger geworden. Eher gab es eine Abkühlung der Beziehungen, weil die euphorischen Erwartungen der polnischen Seite enttäuscht wurden.

Der wirkliche Durchbruch im Versöhnungsprozess - was im Unterschied zu Kreisau von den Zeitgenossen damals auch so empfunden wurde - war die Teilnahme von Bundespräsident Herzog am 50. Jahrestag des Warschauer Aufstandes am 4. August 1994 in Warschau. Im Vorfeld dieses Besuches gab es in Polen eine sehr lebhaft debattierte Diskussion sowohl über die Zweckmäßigkeit des Aufstandes, die ja mit der totalen Vernichtung der Stadt geendet hatte, als auch über die Rolle der sowjetischen Streitkräfte, die sich durch ihre abwartende Haltung letztendlich am Untergang der Stadt mitschuldig gemacht haben. Polnische nationalistische Gruppierungen und Opferverbände kritisierten Präsident Wałęsa heftig für die Einladung von Herzog und Jelzin (der sich dann übrigens nur vertreten ließ). Herzog war sich dieser innenpolitischen Situation in Polen bewusst. Er hat dann aber durch seine Vergebungsbitte „Ich bitte um Vergebung für das was Ihnen von Deutschen angetan worden ist“ eigentlich die polnischen Erwartungen an eine derartige Geste erfüllt.

Ein Jahr später, 1995, wurde der polnische Außenminister Władysław Bartoszewski nach Deutschland eingeladen und in Polen begann eine Diskussion darüber, ob nun als Antwort auf Herzog eine Vergebungsbitte für die Vertreibung der Deutschen fällig wäre. Dem Besuch von Bartoszewski war eine Kontroverse zwischen Warschau und Bonn vorangegangen. Staatspräsident Wałęsa hatte eigentlich erwartet, zu den 50-Jahr-Feierlichkeiten des Kriegsendes nach Deutschland eingeladen zu werden. Eine Beteiligung des polnischen Staatsoberhauptes passte jedoch nicht in das Konzept von Bundeskanzler Kohl, ausschließlich Repräsentanten der Siegernationen einzuladen. Dies führte zu einer heftigen Kontroverse sowohl in Deutschland über das historische Verständnis des eigenen Landes, als auch in Polen über das Verhältnis zum großen deutschen Nachbarn. In Polen rief die Absage des Bundeskanzlers Isolierungsängste und das schmerzhaft bewusste Gefühl der Zweitrangigkeit in der deutschen

Politik hervor. Daraufhin fand sich gewissermaßen ein Rettungskomitee auf der parlamentarischen Ebene aus Opposition und Teilen von CDU und FDP zusammen und lud den polnischen Außenminister Bartoszewski zu einer gemeinsamen Feierstunde von Bundestag und Bundesrat nach Bonn ein. Diese Initiative, welche die Rettung des deutschen Ansehens zum Ziel hatte, handelte also im Prinzip aus Missfallen über die Haltung des Bundeskanzlers.

Ich habe bereits darüber gesprochen, dass die Visite Bartoszewskis im Vorfeld in Polen alles andere als unumstritten war. In Polen hatte man nicht den Eindruck, sich gegenüber den Deutschen für irgend etwas entschuldigen zu müssen. Noch im Mai 1996, also bereits ein Jahr nach Bartoszewskis Auftritt im Bundestag, bestätigte eine Untersuchung des Meinungsforschungsinstitutes CBOS noch einmal diese Einschätzung. Befragt nach der Bewertung der bekannten Versöhnungsbitte der polnischen Bischöfe von 1965 antworteten zwei Drittel der Befragten, dass es nichts gäbe, wofür die Polen die Deutschen überhaupt um Vergebung bitten müssten. Fast die Hälfte der Befragten wusste überhaupt nicht, dass es eine Vertreibung der Deutschen gegeben hatte. Sicherlich eine Folge der jahrzehntelangen Tabuisierung des Themas.

Tatsächlich erwiesen sich die Befürchtungen der polnischen öffentlichen Meinung als unbegründet. Bartoszewski bat in seiner Rede nicht um Vergebung für die Vertreibung der Deutschen. Er äußerte jedoch sein Bedauern über das individuelle Leid von vielen Deutschen im Zusammenhang mit dem Kriege. Das blieb zwar hinter dem zurück, was nicht wenige in Deutschland erwartet hatten, dennoch war die Reaktion auf Bartoszewskis Rede überwiegend positiv. Klaus Bachmann, Publizist und Korrespondent in Warschau, nennt es schlichtweg ein Missverständnis. Bartoszewski habe es vermieden, explizit im Namen Polens um Vergebung für die Vertreibung zu bitten, die deutsche Öffentlichkeit habe seine Worte jedoch so gedeutet. Insgesamt hat die Rede Bartoszewskis den deutsch-polnische Dialog nach vorne gebracht. In Folge dieses Besuches begann in Polen eine sehr intensive Beschäftigung mit der Vertreibung der Deutschen. Überhaupt auch mit den dunklen Flecken der polnischen Geschichte. Das Geschichtsverständnis, wonach Polen stets Opfer, nie aber Täter gewesen sei, wurde im Anschluss publizistisch und historiographisch stark aufgearbeitet und wich einer differenzierteren Sicht.

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre gerieten die vormals euphorischen Beziehungen in eine Krise, die einen Paradigmenwechsel ankündigte. An die Stelle der euphorischen Aufbruchsstimmung in den ersten Jahren nach dem Umbruch trat allmählich ein allseits empfun-

denes Inhaltsvakuum. Obwohl ständig von den Erfolgen der Versöhnung gesprochen wurde, blieben bestimmte, auch historisch bedingte Themen, wie z.B. die Zwangsarbeiterentschädigung oder die Vertriebenproblematik, nach wie vor politisch relevant und sorgten immer wieder für Verstimmungen. Bei den Protagonisten der deutsch-polnischen Beziehungen verstieß es jedoch gegen die Political Correctness, diese Probleme beim Namen zu nennen, da dies als Störung von Versöhnung und Freundschaft zwischen Deutschen und Polen empfunden worden wäre. Es war zu erwarten, dass es hier irgendwann zu einem Riss kommen würde. Diese pessimistische Voraussage erfüllte sich dann im Mai 1998 mit dem Streit um eine Bundestagsresolution zur Vertriebenproblematik, dem so genannten deutsch-polnischen "Papierkrieg". Ursächlich war eine Bundestagsresolution unter dem Titel „Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheit sind eine Brücke zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn“. Außer einigen Allgemeinplätzen, die eigentlich immer in derlei Resolutionen standen und stehen, gab es einen Knackpunkt: Die Hoffnung wurde ausgedrückt, der EU-Beitritt Polens werde die Lösung noch offener bilateraler Fragen erleichtern und die Folgen von Krieg und Vertreibung überwinden helfen. Auch das klingt zunächst relativ allgemein, wurde aber in Polen in einem breiteren, damals aktuellen Kontext verstanden. 1998 wählte der Bund der Vertriebenen mit Erika Steinbach eine neue Vorsitzende an seine Spitze, die schon mit drastischen Äußerungen in Polen zu einer der bekanntesten und gleichzeitig unbeliebtesten Politikerinnen avanciert war. Der BdV, der bis dahin eigentlich in der politischen Versenkung verschwunden war, startete eine Unterschriftenaktion, die quasi ein Junktim aufstellte zwischen der Erfüllung gewisser, schwammig formulierter Vertriebenenforderungen und dem EU-Beitritt Polens. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, die Vertriebenenforderungen im EU-Beitrittsprozess zu vertreten. Insofern war die Resolution von CDU/CSU und FDP alles andere als glücklich, denn sie suggerierte die Unterstützung der Regierungsparteien für dieses Anliegen. Die Folge ist bekannt. Der Sejm reagierte mit einer scharfen Gegenresolution, in der die Unverletzlichkeit der polnischen Grenzen gefordert wurde, so als wären diese vom Bundestag in Frage gestellt worden. Bundestagspräsidentin Süßmuth musste nach Warschau reisen, um das Feuer zu löschen. Der sogenannte "Papierkrieg" schien eine deutliche Verschlechterung der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen einzuleiten. Die Unterstützer der Bundestagserklärung nahmen entweder die polnische Empörung in Kauf, um innenpolitisch in Vertriebenenkreisen zu punkten. Oder aber man hatte die polnische Sensibilität überhaupt nicht wahrgenommen. Die "Interessengemeinschaft" schien hier also keine Rolle zu spielen. In der Ignoranz gegenüber den Befindlichkeiten des polnischen Nachbarn während

des "Papierkrieges" liegt eine gewisse Analogie zu der Debatte im Vorfeld des Bartoszewski-Besuches von 1995.

4. Man kann sagen, dass sich erst gegen Ende der 90er Jahre die Rahmenbedingungen der deutsch-polnischen Beziehungen fundamental verändert haben. Und zwar durch drei Punkte.

Der erste Punkt ist ein wachsendes Selbstbewusstsein Polens und dadurch eine Emanzipation auch von dem sogenannten "Anwalt Polens" Deutschland. Polen begann, seinen Anspruch auf den Beitritt in die Europäische Union nicht mehr mit einer historischen Bringschuld des Westens wegen Jalta zu begründen, sondern man verwies inzwischen auf die wirtschaftlichen Transformationserfolge des Landes, die auf zum Nutzen des Westens seien.

Der zweite Punkt ist eine Multilateralisierung der Beziehungen durch die Aufnahme konkreter Beitrittsverhandlungen im März 1998. Das ermöglichte vollkommen neue Konstellationen. Polen war nicht mehr nur einfach der Klient Deutschlands, welches in Europa für Polen werde musste, sondern war nun ein Beitrittskandidat mit einer konkreten Beitrittsperspektive. Es konnte neue Partner suchen, es gab neue Konstellationen, es bildeten sich inoffiziell natürlich auch Gruppen von Kandidaten heraus, unter denen Polen eine sehr starke Position einnahm.

Der dritte Punkt ist im Prinzip das, was man als den "Vollzug der Berliner Republik" bezeichnen könnte, nämlich den Regierungsumzug nach Berlin im Jahre 1999 und zeitgleich der Generationswechsel in der politischen Elite Deutschlands infolge der Wahlen vom September 1998. Auf diesen doch sehr raschen Paradigmenwechsel waren die Akteure in den deutsch-polnischen Beziehungen eigentlich nicht vorbereitet. Das betraf sowohl die Akteure in Deutschland als auch die Akteure in Polen. In Polen waren die Reaktionen auf den Wahlausgang in Deutschland zunächst einmal äußerst negativ. Man war enttäuscht über den Abgang des in Polen äußerst beliebten Helmut Kohl und warf dem neuen Bundeskanzler mangelnde Sensibilität für das historische Sonderverhältnis zu Polen vor. Daran wurde deutlich, dass man in Polen großen Wert auch auf sein Sonderverhältnis zu Deutschland legte und dies auch als politischen Faktor sah. Vor allem aber warf man Schröder vor, sich durch seine Forderung nach mehr Realismus in der Europapolitik eigentlich von der pro-europäischen und erweiterungsfreundlichen Haltung seines Vorgängers abzuwenden, was für Polen immer auch eine wesentliche Voraussetzung für die Westorientierung gewesen ist. Dazu kamen vielleicht auch prinzipielle ideologische und historische Vorbehalte gegenüber den Sozialdemokraten

wegen ihrer distanzierten Haltung gegenüber der polnischen Opposition der achtziger Jahre. Aber auch die innenpolitische Notwendigkeit gegen das Einfordern deutscher Interessen reflexartig erst mal protestieren zu müssen, spielte eine Rolle. Dass man gerade in Polen, wo die Betonung nationaler Interessen zum Standardrepertoire aller Politiker gehört, nun Schröder vorwarf, deutsche Positionen in Europa stärker vertreten zu wollen, bewies, dass man in Warschau die Formel von der "Interessengemeinschaft" nur für eine hohle Phrase hielt und statt dessen lieber auf Vorteile aufgrund des historischen Sonderverhältnis setzte.

5. Letztendlich ist das Bewusstsein für die Interessengemeinschaft auf beiden Seiten immer noch schwach ausgeprägt. Inzwischen dominiert eigentlich in beiden Ländern eine sehr defensive Rhetorik, man spricht davon, eigene Interessen verteidigen zu müssen. Vor allem in Polen sieht man sich also in einer defensiven Position gegenüber der Europäischen Union. Eine wirkliche Interessengemeinschaft wird sich wohl erst nach dem Beitritt Polens zur EU entfalten können, wenn sich nämlich erweist, dass die europapolitischen Vorstellungen beider Länder nicht allzuweit von einander entfernt liegen.

Henning Tewes

Die Interessengemeinschaft.

Vom Umfeld gegeben – von den Akteuren erworben?

Die deutsch-polnische Interessengemeinschaft wird öfter beschworen als untersucht. Dies deutet darauf hin, dass sie in beiden Ländern zwar als Maxime der Außen- und Europapolitik gilt, auf der anderen Seite aber oft vage, scheinbar unbestimmt, im politisch-publizistischen Raum umherschwebt. Woher kommen die Interessen in der deutsch-polnischen Gemeinschaft? Wie bestimmen Politiker und hohe Beamte, die auf der zentralen Ebene der deutsch-polnischen Beziehungen arbeiten, die Interessen ihrer eigenen Länder, insbesondere im Vergleich zum jeweils anderen Land?

Dass die Idee der Interessengemeinschaft 1990 geboren wurde, war kein Zufall, denn das Ziel der neuen Konzeption lag in der multilateralen und zukunftsorientierten Ausrichtung des deutsch-polnischen Verhältnisses, welches in den ersten Monaten des Jahres 1990 durch seine bilaterale und vergangenheitsgeprägte Orientierung einen schlechten Start in die neue Zeit erwischt hatte. Man erinnert sich noch heute zu gut an die unglückliche Auseinandersetzung um die Anerkennung der polnischen Westgrenze, welche sogar nüchterne und durchaus deutschfreundlich Zeitgenossen zu dem Vorschlag bewegte, die Rote Armee weiterhin auf polnischem Boden zu halten, um gegenüber Deutschland einen geopolitischen Trumpf in der Hand zu haben. Die Herausforderung war somit deutlich: Wenn die deutsch-polnischen Beziehungen nicht entscheidend an Gestaltungskraft einbüßen sollten, mussten sie in ihren multilateralen Kontext eingebettet und auf die Gemeinsamkeiten der Zukunft ausgerichtet werden.

Die Interessengemeinschaft war damit zunächst zweierlei: (1) eine Zielvorgabe, eine politische Maxime, auf die sich die politisch-publizistischen Eliten der beiden Länder einigen konnten, (2) eine Feststellung a priori. Denn die inhaltliche Logik der Interessengemeinschaft, proklamiert von Skubiszewski und Genscher, lag in der grundsätzlichen Ausrichtung auf die polnische Westintegration, welche 1990 ja nichts als ein Plan, eine Wunschvorstellung war. Die Logik des gemeinsamen Interesses an der Westintegration Polens besagte, dass Polen sich aus der Umklammerung der sowjetischen Imperiums auf Dauer nur befreien könne, wenn auch die DDR sich aus ihr befreien würde. Dies erklärt die Unterstützung Polens für die deutsche Einheit, wie auch für den Verbleib des vereinigten Deutschlands in der NATO zu einem

so frühen Zeitpunkt wie im Februar 1990. Der erste Schritt der Westintegration Ostmitteleuropas war die deutsche Einheit im Rahmen der euro-atlantischen Strukturen. Der zweite, der folgen sollte, die Westintegration Polens. Die Interessenlage war damit ab 1991 klar: Polen strebte seine Westintegration an, Deutschland unterstütze sie.¹

Dies zeigt vor allem zweierlei: (1) Die Interessen der Interessengemeinschaft kamen aus der veränderten geopolitischen Situation in Europa und aus dem Bestreben um die außenpolitische Verankerung der liberalen Demokratie. Gleichzeitig waren sie auf einer noch höheren Ebene abgedeckt und eingegrenzt durch die Präsenz der Vereinigten Staaten. Denn die deutsche Einheit und der Verbleib Deutschlands in der NATO sind nur auf dem Hintergrund des deutsch-amerikanischen Sicherheitsbündnisses zu sehen. Polen stützte die Ergebnisse dieses Sicherheitsbündnisses und schloss sich ihm seinerseits an, zunächst konzeptionell, dann in seinem eigenen Wunsch nach einer NATO-Mitgliedschaft. (2) Die Interessengemeinschaft Skubiszewskis und Genschers war das Ergebnis der Einsicht, dass polnische und deutsche Positionen grundsätzlich kongruent waren. Gerade da die Interessen langfristig und strategisch definiert waren, konnte ihre inhaltliche Eingrenzung vermieden werden. Es handelte sich zunächst nicht um das Ergebnis eines Dialoges. Die Stoßrichtung stimmte, um Details ging es in dieser ersten Phase nicht. Dies erklärt auch, warum die Interessengemeinschaft so schnell proklamiert werden konnte.

Die Bedeutung der Vereinigten Staaten und die wenig definierte Grundausrichtung der Interessengemeinschaft bestimmten das Schicksal der deutsch-polnischen Partnerschaft in den 1990er Jahren.

Erstens: Das herausragende Ergebnis der deutsch-polnischen Partnerschaft in den 1990er Jahren war der polnische Beitritt zur Nato.² Wie kam Deutschland dazu, den polnischen Wunsch nach einem Beitritt zur Nato zu unterstützen? Gab es Mechanismen der Interessenangleichung?

(1) Die NATO-Osterweiterung erfreute sich zwar in Polen breitester Unterstützung, war aber in Deutschland kaum Gegenstand der öffentlichen Debatte. Erst in Vorbereitung auf den

¹ Der breitere Kontext wird behandelt in Henning Tewes, *Germany, Civilian Power, and the New Europe* (Basingstoke: Palgrave, 2001), im Erscheinen.

² Siehe hierzu Henning Tewes 'Nie tylko USA. Przyczynki do historii rozszerzenia NATO na Wschód. *Więź*. 3/509, Marzec 2001, 114-130.

Gipfel von Madrid im Mai/Juni 1997 wurde in Deutschland eine öffentliche Diskussion über das für und wider einer Osterweiterung der NATO geführt, das heißt zu einem Zeitpunkt, zu dem die Entscheidung schon längst gefallen war. Es ist in der Sicherheitspolitik für die politischen Eliten oft einfacher als in der Europapolitik, schnelle Entscheidungen zu treffen, weil die Bevölkerung sicherheitspolitisch weitgehend passiv ist und die Eliten daher mit einem permissiven Konsens rechnen können.

(2) Bis Ende 1993 war die Politik der Clinton Administration das „Russia first“ des Stellvertretenden Außenministers Strobe Talbott. Für die sicherheitspolitischen Belange der ostmitteleuropäischen Staaten war das Programm „Partnership-for-Peace“ vorgesehen, welches im Pentagon mit der expliziten Absicht formuliert worden war, als Ersatz für den NATO-Beitritt zu fungieren. Polen forderte jedoch energischer als jedes andere Land die NATO-Mitgliedschaft von seinen westlichen Partnern. Vor allem die Regierung Olszewski (in der ersten Jahreshälfte 1992), deren Außen- und Sicherheitspolitik von radikal antikommunistischen Politikern geprägt war, erwarb sich in der sicherheitspolitischen Neuorientierung Polens große Verdienste. In dieser Zeit wurden hohe Nato-Politiker wie Manfred Wörner und Gerhard Stoltenberg in Warschau mit dem Wunsch auf die polnische Nato-Mitgliedschaft konfrontiert.

(3) Der Nato-Politiker, der sich das Thema der Osterweiterung als erster zu eigen machte – und dies mit wenig Rücksicht auf die Befindlichkeiten in der Allianz als solcher – war der deutsche Verteidigungsminister Volker Rühe mit einer Rede im März 1993. Rühes politische Biographie wies eine Reihe von Verknüpfungen mit Polen auf und es war somit kein Zufall, dass gerade er das Thema zu seinem Thema machte.

(4) Die NATO-Osterweiterung war das Werk einer kleinen Zahl hoher Beamter und Politiker, an aller erster Stelle das Werk Rühes und Wörners und Richard Holbrookes, welcher zunächst US-Botschafter in Deutschland war und dann als Unterstaatssekretär in das State Department in Washington wechselte. Es war kein deutsch-polnisches Werk, sondern eine Dreiecksbeziehung, in der Deutsche und Polen an einem Strang zogen um die Sicherheitsgarantie der Vereinigten Staaten über Ostmitteleuropa auszubreiten. Dies ist eine wichtige Feststellung, denn auch wenn es im Rückblick verlockend erscheint, die deutsche Unterstützung aus geopolitischen Gründen für offensichtlich zu halten, markierte Rühe eine Trendwende im sicherheitspolitischen Denken Deutschlands nach 1990. Hier nämlich hatte sich in weiten Kreisen die Annahme (und Hoffnung) durchgesetzt, „alte“, militärische Sicherheitsbedrohungen

würden im folgenden durch „neue“, weiche Sicherheitsbedrohungen abgelöst, Sicherheitspolitik sei in Zukunft vor allem „Friedenspolitik“ und die Sicherheitsbündnisse des Kalten Krieges könnten in einer „gesamteuropäischen Friedensordnung“ aufgelöst werden. Gleichzeitig war die Nato nach Ende des Kalten Krieges in eine Sinnkrise geraten, denn der Krieg in Bosnien insbesondere hatte in den Jahren 1993 und 1994 am Zusammenhalt der Allianz gezehrt. Das Projekt der Osterweiterung sollte der NATO also „ein Stückchen Sinn“ zurückgeben.

Obwohl der Dialog zwischen Deutschland und Polen bei der Artikulation deutscher Interessen im Rahmen der NATO-Osterweiterung also eine Rolle spielte, muss der Ursprung der Interessengemeinschaft in der veränderten geopolitischen Situation in Europa und im Bestreben um die außenpolitische Verankerung der liberalen Demokratie gesucht werden. Die Interessen der beiden Länder hatten im Fall der NATO-Osterweiterung eine natürliche Schnittmenge, die Außenpolitik der Akteure eine natürlich übereinstimmende Stoßrichtung.

Für die deutsch-polnische Behandlung der EU-Osterweiterung trifft diese Feststellung etwas weniger zu. Zwar kann wenig Zweifel bestehen, dass Deutschland seit 1991 der Akteur war, der am meisten dazu beitrug, dass das Projekt der EU-Osterweiterung auf die europäische Tagesordnung gelangte und dort auch blieb. Auf der anderen Seite ist es aber auch richtig, dass Deutschland und Polen Schwierigkeiten dabei haben, ihre unterschiedlichen eher sektoralen Interessen in diesem Prozess zu einer abgerundeten Übereinstimmung zu bringen. Die Kehrseite der natürlichen Interessenübereinkunft in der Sicherheitspolitik liegt also darin, dass es Deutschland und Polen fremd wurde, ihre Interessen zu bündeln, wenn diese nicht natürlich übereinstimmten.

Dies hängt sicherlich auch mit der Abwesenheit der vereinigten Staaten im Prozess der EU-Osterweiterung zusammen. Konnte es Deutschland im Rahmen der NATO-Osterweiterung immer wieder vermeiden, extreme Positionen zu beziehen, und damit sich damit der Kritik seiner Partner zu entziehen, ist dies bei der EU-Osterweiterung nicht möglich. Hier ist Deutschland exponiert. Etwas vergleichbares wie der Windschatten der amerikanischen Sicherheitsgarantie existiert nicht. Darüber hinaus ist die gesellschaftliche Bedeutung der Europäischen Integration eine ganz andere als die noch so weit reichender sicherheitspolitischer Weichenstellungen. Ein permissiver Konsens, ein politisch-publizistisches Vakuum, wie dies die NATO-Osterweiterung zwischen 1994 und 1997 bestimmte, ist im Rahmen der Osterweiterung der EU nicht möglich.

Was bedeutet das für die deutsch-polnische Interessengemeinschaft im Rahmen der EU-Osterweiterung? Erstens: Für Deutschland überwiegt bei der EU-Osterweiterung der Prozess, für Polen das Beitrittsdatum. Deutschland sichert seine eigenen Interessen schon durch die Modernisierung, die in Polen durch die Vorbereitung auf den EU-Beitritt stattfindet. Der marginale Vorteil durch den eigentlichen Beitritt ist für Polen größer als für Deutschland, gerade wirtschaftlich. Dies wird weniger im Bereich der Direktinvestitionen deutlich, denn hier verläuft eine langsame steigende und dann langsam fallende Kurve über dem Zeitpunkt des Beitritts. Wichtiger ist das Beitrittsdatum aus haushaltspolitischen Gründen, denn Polen erwartet hier substantielle Hilfen seitens der EU.

Zweitens: Die Strukturen, die eine Angleichung der Interessen möglich machen würden, sind in Polen unterentwickelt. Der Typus des erfahrenen und hochspezialisierten Fraktionsmitarbeiters existiert in Polen nicht, die politischen Parteien im Solidarność-Lager sind strukturell zu schwach, um eigene Spezialisten ausbilden zu können, Institutionen wie europa- und außenpolitische Arbeitskreise gibt es nicht. Im „vorpolitischen Raum“ besteht zu wenig Expertise, polnische Politiker bleiben europa- und außenpolitisch weitgehend beratungsresistent – immer von einigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen.

Drittens: Die Unbeständigkeit des polnischen Mitte-Rechtsspektrums ist ein zusätzlicher erschwerender Faktor für eine institutionalisierte Interessenangleichung. Zu regelmäßig wechseln die Konstellationen der politischen Bedeutung, um dem deutschen Gesprächspartner das Gefühl der Beständigkeit zu geben.

Viertens: Die Idee der „Interessenangleichung“ verlangt von beiden Seiten eine weiche, flexible Definition von Interessen gerade im Anfangsstadium. Wenn aber Interessen negativ, manchmal sogar argwöhnisch definiert werden, ist die Zusammenarbeit mit dem Partner schwierig. Zu oft sorgen sich Politiker, hohe Beamte und die Beobachter in der Presse davor, von dem als übermächtig empfundenen Nachbarn an die Wand gedrückt zu werden. Die internationale Politik wird als „zero-sum-game“ definiert, in der man nur gewinnen oder verlieren kann. In diesem Denkmuster kann ein der Prozess der *Interessenangleichung* gar nicht funktionieren.

Fünftens: Auch in Deutschland ist in manchen Ecken eine paternalistische, zum Teil bevormundende Haltung gegenüber Polen zu finden, die von Polen vor allem Dankbarkeit für die deutsche „Anwaltsrolle“ beim polnischen EU-Beitritt erwartet. So aber kann man mit einem Partner nicht umgehen. Partner haben das Recht, eine andere Meinung zu haben. Diese Unterschiede erfordern dann einen umso weitreichenderen Dialog, ein umso tieferes Bemühen, eine gemeinsame Position zu finden. Dieser Prozess ist langwierig und oft frustrierend, wie man zwischen Deutschland und Frankreich immer wieder beobachten kann. Eine konstruktive Alternative zu ihm gibt es jedoch nicht.

Ausblick: Die Interessen deutscher Politiker sind nicht durch die geopolitische Umgebung und Deutschlands wirtschaftliche Interessen vorgegeben, sie sind auch ein Ergebnis von Kommunikation. Das selbe gilt, spiegelverkehrt, natürlich auch für polnische Politiker. Die Interessengemeinschaft ist eine Aufgabe, keine Selbstverständlichkeit. Sie bedarf auf beiden Seite der Strukturen, die die Kommunikation überhaupt ermöglichen, und der Bereitschaft, den Dialog erfolgreich zu führen. Genau dies zu ermöglichen, ist auf beiden Seiten die – sicherlich nicht leichte – Aufgabe für die nächsten zehn Jahre.

Mit der steigenden Bedeutung der EU-Erweiterungsverhandlungen nach 1998 ging eine erste Phase in den deutsch-polnischen Beziehungen zu Ende, in denen die Interessengemeinschaft funktionierte, weil die anstehenden Themen sich widersprechender Interessen noch nicht auf der Tagesordnung waren. Diese Zeit ist vorbei. In Zukunft wird der Dialog wichtiger werden, weil die Interessengemeinschaft weniger vom geopolitischen Umfeld bestimmt werden wird. Der Bedarf an einer systematischen, regelmäßigen Angleichung von Positionen wird steigen. Im übrigen wird auch die Zahl dieser Positionen steigen, denn für Deutschland und Polen wächst die Zahl der gemeinsamen Handlungsfelder rasant.

Wolf-Dieter Eberwein

Die deutsch-polnische Elite-Studie aus integrations-theoretischer Sicht ³

Wie aufschlussreich sind Elite-Studien? Geht es nur darum herauszufinden, welche Einstellungen oder Meinungen innerhalb dieses Personenkreises, der die führenden Positionen in Politik (Regierung, Verwaltung, Parteien), Wirtschaft (Unternehmen, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände usw.) und Gesellschaft (Publizistik, Kirchen usw.) innehat, bedürfen derartige empirische Analysen keiner weiteren Begründung. Die deutsch-polnische Elite-Studie erfolgte aber unter der Perspektive einer Interessen- und Wertegemeinschaft, zwei Begriffe, die in der politischen Diskussion nach 1989 Eingang gefunden haben, um das deutsch-polnische Verhältnis sei es zu charakterisieren, sei es um eine solche Gemeinschaft als Ziel zu postulieren. Für diesen doppelten Begriff gibt es in der wissenschaftlichen Diskussion bestenfalls Annäherungen. Noch am nächsten kommt einer solchen Interessen- und Wertegemeinschaft das von Karl W. Deutsch in den 50er Jahren entwickelte Konzept der integrierten pluralistischen Sicherheitsgemeinschaft. Damit wird Integration in den Mittelpunkt gestellt, die sowohl auf gemeinsamen Interessen wie auf kompatiblen Wertvorstellungen beruhen muss. Deutsch hatte zunächst nur den Aspekt der gewaltfreien Konfliktlösung im Auge. Pluralistische Sicherheitsgemeinschaften zeichnen sich dadurch aus, dass sie auf der langfristigen Erwartung der Beteiligten beruhen, dass Gewalt als Mittel der Konfliktlösung nicht angewendet wird. Dies gilt sowohl innerstaatlich bzw. -gesellschaftlich wie zwischenstaatlich bzw. -gesellschaftlich. Träger dieses Prozesses sind die Eliten in Staat und Gesellschaft. Demgemäß werden die nationalen Elitenangehörigen als Integrationselite bezeichnet.

Diese Annahme kann mit der Vergesellschaftungsthese der Außenpolitik von Czempiel begründet werden. Sie beruht zwar auf den allgemeinen interdependenztheoretischen Einsichten, geht aber weit darüber hinaus. Er postuliert, dass sich die Gesellschaft von der (außenpolitischen) Totalkontrolle des Staates emanzipiert hat und dass ein durch die Interaktion hervorgerufenes Bewusstsein eines gesellschaftlichen (grenzübergreifenden) Zusammenhangs

³ Die nachfolgenden Überlegungen waren Gegenstand der Einführung in die Problematik im Rahmen des Kolloquiums. Der Text beruht auf den von Eberwein (2001:13-34) sowie Eberwein/Ecker-Ehrhardt (2001:17-28) veröffentlichten Arbeiten. Zum Teil werden Passagen wörtlich aus den Originalmanuskripten übernommen, ohne dass sie besonders gekennzeichnet sind. Auf Grund der Kürze der Ausführungen kann zwangsläufig an vielen Stellen nicht so differenziert argumentiert werden wie in den Originaltexten.

entstanden ist (Czempiel 1994: 2). Diese Gesellschaftswelt ist gekennzeichnet durch eine Parallelität der Interessen an Demokratisierung und Sicherheit (Czempiel 1994:5). Die sich parallel entwickelnde Wirtschaftswelt dagegen kollidiert nicht nur mit den wirtschaftlichen Ansprüchen der sich ausbildenden Gesellschaftswelt selbst, sondern unterläuft auch die nach wie vor staatlich organisierten Sachbereiche Sicherheit und Herrschaft (Czempiel 1991:127). In Czempiels Konzeption der vergesellschafteten Außenpolitik steht der Demokratisierungsprozess der internationalen Gesellschaft im Mittelpunkt. Er unterscheidet sich in seiner Erkenntnisintention nicht vom Konzept der pluralistischen integrierten Sicherheitsgemeinschaft, weil Czempiel Demokratisierung mit der Pazifizierung im internationalen System gleichsetzt. Integrationstheoretisch geht er aber über das Konzept der Sicherheitsgemeinschaft hinaus, weil er eine positive Perspektive von Integration anbietet, nämlich Demokratisierung. Die Vergesellschaftungsthese relativiert die staatenzentrierte Betrachtung. Sie geht von der Hypothese aus, dass nichtstaatliche Akteure in der Lage sind, ihre Interessen grenzüberschreitend autonom wahrzunehmen⁴. Demzufolge sind die Staaten wie die gesellschaftlichen Akteure *integrationsfähig*. Jeder kollektive Akteur ist in der Lage, eigenständig zwischengesellschaftliche Integrationsstrategien zu verfolgen, so dass sich funktional integrierte Teilbereiche zwischen Gemeinschaften herausbilden können. Letztere sind deswegen die Voraussetzung für integrierte soziale Gemeinschaften.

Aus dieser gegenseitigen Abhängigkeit zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren lässt sich eine Reihe integrationstheoretischer Annahmen ableiten. Der Staat spielt im Integrationsprozess eine hervorgehobene Doppelrolle. Sie ist bedingt durch seine besondere (wenn nicht sogar zentrale) Rolle im internationalen System. Sie besteht darin, dass Staaten allgemein verbindliche Regelungen zu treffen in der Lage sind, die den Integrationsprozess insgesamt fördern. Das gilt auch für die Regelung der Folgeprobleme, die aus der zwischenstaatlichen *und* gesellschaftlichen Verflechtung resultieren. Zugleich besteht sie darin, den Integrationsprozess in der Öffentlichkeit zu legitimieren. Die Handlungsfähigkeit der Staaten ist aber über die Bereitstellung des Integrationsangebots hinaus begrenzt, denn sie können die einzelnen gesellschaftlichen Akteure nicht zwingen, von diesem Angebot auch Gebrauch zu machen. Die nichtstaatlichen Akteure können ihrerseits sektoral spezifische Integrationsprozesse in Gang setzen, sind aber nicht in der Lage, der Gesellschaft insgesamt und dem Staat

⁴ Daraus leitet er zugleich seine spezielle Interventionsthese ab, die – präskriptiv gewendet – zum Postulat der Einmischung in die „inneren Angelegenheiten“ anderer Staaten wird (Czempiel, 2000).

Integration als Priorität aufzuzwingen. Dafür steht etwa der deutsch-polnische Dialog, der u.a. von den Kirchen bereits in den 60er Jahren aufgenommen und zunehmend vertieft wurde (vgl. Kerski, 2001). Bis 1989 jedenfalls hat er die deutsch-polnischen Beziehungen nicht fundamental beeinflusst (vgl. etwa Ziemer 1996:103). Man kann allerdings davon ausgehen, dass diese gesellschaftlichen Aktivitäten den schnellen zwischenstaatlichen Ausgleich erheblich gefördert haben. Nichtstaatliche Akteure tragen aber bestenfalls nur begrenzt zur zwischengesellschaftlichen Integration bei⁵. Ihre eigenen Interessen, die sie grenzüberschreitend verfolgen, können ebenso der rein egoistischen Nutzenmaximierung dienen.

Eine Interessen- und Wertegemeinschaft kann also nicht auf in rein egoistischer Interessenverfolgung beruhen. Das Konzept (vgl. Eberwein/Ecker-Ehrhardt (2001:12-20) baut auf der Logik der sozialen Verflechtung einerseits, der kulturellen Annäherung andererseits auf. Eine subjektiv empfundene Werte- und Interessengemeinschaft, so die Annahme, setzt eine objektive Werte- und Interessengemeinschaft voraus. Es handelt sich also um „eine Struktur von Werten oder Interessen, die über eine bloß konfliktfreie Kompatibilität im Sinne komplementärer, d.h. vor allem nicht auf dieselben Güter gerichteter, Ansprüche hinausgeht und einen hohen Grad an Gemeinsamkeit von Werten (Wertekonsens) und Vorteilen einer Kooperation (Interessenkonsens) umfassen kann“ (Eberwein /Ecker-Ehrhardt, 2001:17). Gewissermaßen die zweite Schicht dieser Werte- und Interessengemeinschaft ist deren subjektive Dimension. Damit ist „ein bestimmtes Bewusstsein der jeweiligen Akteure im Sinne eines subjektiven Wahrnehmens kultureller Nähe und gemeinsamer Interessen gemeint (Eberwein/Ecker-Ehrhardt, 2001:18). Mit dieser Werte- und Interessengemeinschaft wird ein wesentlicher Aspekt von Integration definiert, der sich auf die durch Werte und Interessen bestimmte Distanz zweier (oder auch mehrerer Gesellschaften) bezieht. Da es sich um Einstellungen handelt, sprechen wir von Integrationsdisposition. Diese Disposition kann gar nicht bestehen, nur schwach ausgeprägt sein oder sehr stark vorhanden sein.

Selbstverständlich findet diese Integrationsdisposition, soweit sie tatsächlich objektiv und subjektiv identifizierbar ist, nicht unmittelbar ihren Niederschlag in der politischen Praxis. Ist sie stark innerhalb der Eliten in den beiden Staaten vorhanden, dann sind damit günstige Voraussetzungen für den Integrationsprozess geschaffen. Derartige Dispositionen können dann in den zwei Arten von Prioritätenkonflikten (Haftendorn, 1989) dämpfend wirken, wenn

⁵ Wie beispielsweise Buchowski (1997) im Falle Polens zeigt, kann die Tätigkeit deutscher Investoren durchaus dazu führen, Vorurteile und Stereotypen gegen „die Deutschen“ zu reaktivieren oder zu verstärken.

sie auftreten.. Einen ersten Typ stellen *innenpolitische Konflikte über außenpolitische Prioritäten* dar, die in demokratisch verfassten Systemen ebenso wie in den anderen Feldern staatlicher Aktivität genuiner Bestandteil des gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozesses sind. Regierungen erweisen sich in der innenpolitischen Diskussion häufig als nur begrenzt flexibel und responsiv, weil sie internationale Verpflichtungen zu berücksichtigen haben. Auf der Ebene internationaler Verhandlungen ergeben sich zum anderen *außenpolitische Prioritätenkonflikte* mit anderen Staaten, wobei Außenpolitik angesichts innenpolitischer Restriktionen sich auf dem internationalen Parkett zuweilen nur begrenzt kompromissfähig ist. Beide Konflikttypen sind somit zwei Seiten ein und derselben Medaille. Sie ergeben sich aus dem Umstand, dass Regierungen als Vermittler beider Ebenen immer an zwei „Tischen“ – einem außenpolitischen und an einem innenpolitischen – gleichzeitig verhandeln und glaubwürdig sein müssen (Putnam, 1988).

In den deutsch-polnischen Beziehungen zählen auf polnischer Seite etwa die potentielle Dominanz Polens durch Deutschland oder auf deutscher Seite das Grenzthema (Sicherheit, Arbeitsmarkt) zu den Reizthemen, aber auch die Einschätzung und Priorität Russlands. Diese Themen weisen genau die Eigenschaften für eine solche Konfliktgleichzeitigkeit auf. Die teilweise geradezu fatale Diskussion über die Aufnahme Polens in die EU⁶, die auch auf fehlenden politischen Willen zurückzuführen ist, hat gezeigt, dass dieses Thema zum Teil dazu benützt wird, die eigene Klientel zu mobilisieren, indem man deren Ängste bedient. Werden solche Themen in der innenpolitischen Diskussion populistisch ausgeschlachtet, entwickeln sie sich leicht zu einem außenpolitischen Problempunkt, etwa wenn die Glaubwürdigkeit außenpolitischer Akteure auf dem internationalen Parkett untergraben.

Man kann theoretisch spekulativ sogar noch einen Schritt weitergehen und die angesprochene Problematik als strukturelles Problem der zunehmenden internationalen Verflechtung bzw. der Vergesellschaftung der Außenpolitik betrachten. Je größer das Ausmaß der Verflechtung und damit die Ausdifferenzierung der Interessen der Eliten, desto größer könnte die Divergenz der Prioritäten werden, innen- wie außenpolitisch. Das würde folglich die Konsequenz nach sich ziehen, dass die Häufigkeit von Prioritätenkonflikten zunimmt, weil eben die Interessen funktional wie geographisch zunehmend auseinanderfallen. Das muss zwar nicht so

⁶ Dazu gehören gegenwärtig das Thema Übergangsfristen für die Freizügigkeit (in Deutschland) oder für die Landwirtschaft (in Polen).

sein, theoretisch kann aber diese Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden. Damit könnte dann ein spezifisches Integrationsdilemma in dem Sinne entstehen, dass eine spezifische bestehende Interessen- und Wertegemeinschaft zunehmend mit dem einen oder mit dem anderen Prioritätenkonflikt belastet wird, schlimmstenfalls könnten sogar beide zusammenfallen. Der Effekt wäre bestenfalls der, dass das Ausmaß bestehender Interessen stagniert, schlimmstenfalls aber die gemeinsame Interessenbasis erodiert, es sei denn, die Wertegemeinschaft als solche ist stabil und wirksam genug, um einen solchen Erosionsprozess zu verhindern.

Die deutsch-polnische Interessengemeinschaft ist so stark ausgeprägt, dass sie als Sicherheitsgarantie dafür betrachtet werden kann, dass die Beziehungen nicht unterhalb eines Niveaus absinken. Von den insgesamt 83 im Rahmen der Deutsch-Polnischen Elitestudie abgefragten Themen sind in Deutschland 86,7 Prozent konsensual, in Polen sind es 85,5 Prozent. Das heißt, das Ausmaß des Konsens innerhalb der Eliten beider Länder ist sehr hoch. Dazu gehören in beiden Ländern sowohl die bilateralen Beziehungen und die Einschätzung, dass beide Seiten davon profitieren, wie der Konsens über eine verstärkte regionale wie globale Rolle Deutschlands, die Erweiterung und Vertiefung der europäischen Integration (Mitgliedschaft Polens in der EU) sowie die – inzwischen vollzogene – Aufnahme in die NATO. Nicht nur die Erweiterung der EU ist intern unumstritten, sondern auch die mögliche Vertiefung der europäischen Integration. In beiden Ländern sind sich die Eliten überwiegend über die Vergemeinschaftung einer ganzen Reihe von Politikfeldern einig, seien es Umwelt, Sicherheit oder Außenpolitik. Denn wichtiger als der Konsens könnte sich der Dissens-Bereich erweisen, in dem die Probleme verortet sind, die innergesellschaftlich umstritten sind. In Deutschland wie in Polen ist das in 10,8 Prozent der 83 Items der Fall. In Deutschland erscheinen uns drei der insgesamt neun umstrittenen Bereiche besonders problematisch: die gemeinsame Staatsbürgerschaft, die Verringerung der Grenzkontrollen und die Kriegsgefahr. Der Dissens über die Kriegsgefahr ist sicherheitspolitisch von Bedeutung, weil dahinter ein latenter innenpolitischer Konflikt über außenpolitische Prioritäten steckt, sofern er mit den deutsch-polnischen Beziehungen verknüpft wird. Unmittelbar relevant für das deutsch-polnische Verhältnis dagegen sind die Frage der gemeinsamen Staatsbürgerschaft als Vertiefungsbereich und die Verringerung der Kontrollen an der gemeinsamen Grenzen. Es bedarf keiner besonderen Phantasie, um diese beiden Bereiche als innenpolitisch brisant zu identifizieren.

In Polen sind dagegen - vielleicht erstaunlicherweise - die kontroversen Einstellungen weniger stark ausgeprägt. Das sind zum einen die Erwartungen bezüglich der EU, wo umstritten ist, ob es zu einer Reduktion der Agrarsubventionen kommen wird und ob die Kosten der Mitgliedschaft nicht zu hoch sind. Innerhalb der polnischen Eliten sind auch die Einstellungen kontrovers bezüglich der Einschätzung einer möglichen wirtschaftlichen Dominanz Deutschlands im Falle der EU-Mitgliedschaft sowie die Akzeptanz von deutschen Straßennamen in den von der deutschen Minderheit bewohnten Gebieten. Diese Bereiche sind zwar nicht per se konfliktträchtig, tragen allerdings erhebliches Konfliktpotential in sich, weil daraus innenpolitisches Kapital geschlagen werden kann. Innenpolitisch gibt es zunehmend lautstarken Widerstand gegen die EU-Mitgliedschaft (vgl. Kucharczyk, 1999). Auch wenn er damit erklärt wird, dass er die Folge des schmerzhaften Anpassungsprozesses (Kolarska-Bobinska, 1998:5) ist, handelt es sich um ein mobilisierungsfähiges Thema.

Bezüglich der Wertvorstellungen ergaben die detaillierten Fragen, dass die demokratische Grundhaltungen in beiden Eliten alles in allem gefestigt erscheinen, auch wenn beispielsweise unterschiedliche Schwellen zu beobachten, bei denen die Toleranz gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten ihr Ende findet. Bemerkenswerterweise erweisen sich viele der befragten polnischen Entscheidungsträger bereit, das hohe Gut des allgemeinen Wahlrechts in Frage zu stellen. Besonders große Unterschiede ergeben sich aber, wenn man nach den gesellschaftspolitischen Orientierungen fragt, wie sie politische Debatten in modernen Industriegesellschaften gemeinhin prägen. Auch wenn der Sozialismus als Idee relativ einhellig zurückgewiesen wird – von den polnischen Befragten übrigens deutlicher als von den deutschen – sind entsprechende „linksmaterialistische“ Überzeugungen in der polnischen Elite nach wie vor weit verbreitet. Ähnliches gilt für die „neue Politik“ und den ihm gemeinhin zugerechneten „postmaterialistischen“ Wertebereich. Zwar wird der Ökologie auf beiden Seiten – übrigens auf der polnischen wiederum mehr als auf der deutschen – ein gleichsam hoher Stellenwert zugewiesen. Trotzdem sind dies Orientierungen sehr viel ausgeprägter in der deutschen Elite nachzuweisen, etwa wenn man nach libertären Erziehungs- und Arbeitswerten fragt, als in der polnischen.

Wie steht es also mit dem „deutsch-polnischen Gemeinschaftssinn“? Welches Bewusstsein einer „subjektiven Werte- und Interessengemeinschaft“ lässt sich feststellen, wenn man die deutsche und die polnische Elite direkt fokussiert? Im Mittelpunkt standen dabei zum einen stereotypisierte Vorstellungen über die andere Gesellschaft, zum anderen ein wechselsei-

tiges Verbundenheitsgefühl. Darüber hinaus wollte wir wissen, inwieweit diese Aspekte von Gemeinschaftssinn tatsächlich die von uns erhobenen außenpolitischen Orientierungen tangieren und eigene Kontakte durch Vorurteile oder Verbundenheit verhindert bzw. gefördert werden: kommt dem diskutierten Gemeinschaftssinn bzw. dessen Mangel überhaupt nennenswerte Relevanz zu?

Vorurteile bestehen in den Eliten beider Länder. Die polnischen Befragten waren zu einem überraschend großen Teil bereit, abwertenden Aussagen über Deutschland zuzustimmen. Zwar gaben demgegenüber auch auf deutscher Seite relativ viele Befragte an, die Deutschen hätten allgemein ein negatives Polenbild, jedoch waren nur wenige bereit dies als tatsächlich zutreffend zu bezeichnen. Doch weder scheint die Definition außenpolitischer Interessen noch die Bewertung eigener Kontakte von den gemessenen Vorurteilen signifikant tangiert zu werden. Wir kommen also zu dem Schluss, dass Vorurteile als Problem der beiderseitigen Beziehungen eher über- als unterschätzt werden.

Was das *Verbundenheitsgefühlen* betrifft, so ist festzustellen, dass ein solchermaßen affektiv bestimmter Gemeinschaftssinn zwischen deutscher und polnischer Elite im engeren Sinne kaum, im Kontext einer gemeinsamen europäischen Identität aber sehr wohl vorhanden ist (Kapitel 10). Demzufolge trägt vermutlich die Verbundenheit mit Europa und den Europäern zur indirekten Stärkung dieser affektiven deutsch-polnischen Bindung bei. Im Gegensatz zu den gemessenen Vorurteilen erweisen sich diese Verbundenheitsgefühle als durchaus relevant für die Definition von Interessen, sowohl im außenpolitischen Bereich wie den eigenen Kontakten. Sie bilden ein emotionales Fundament, das – freilich noch in einem geringen Maße – als positiver Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen deshalb von Bedeutung ist, weil es für eine Konvergenz von Präferenzen verantwortlich zeichnet, die letztlich den skizzierten Stand von „Werte- und Interessengemeinschaft“ auf lange Sicht verbessern dürften (siehe hierzu Ecker-Erhardt, 2001).

Wie aber kann dieser Gemeinschaftssinn herbeigeführt werden. Im Anschluss an das sogenannte „*transaktionalistische Paradigmas*“ von Karl W. Deutsch, das darüber hinaus auch einer der Leitgedanken der deutsch-polnischen Verträge bildet, ist es die Annahme, dass es die direkten grenzübergreifenden Kontakte zwischen den Gesellschaften sind, auf denen von jeher die Hoffnung all jener ruht, die Frieden und außenpolitische Kooperation durch funktionale und schließlich auch durch emotionale Bindungen gesichert sehen wollen. Das Ergebnis ist gespalten, weil *Vorurteile weitgehend resistent gegen direkte Erfahrungen* zu

sein scheinen, wie in den Antworten der befragten Entscheidungsträger deutlich wurde. Dies sollte nicht missverstanden werden: nicht Kontakte sind überflüssig, sie müssen mehr werden und intensivere Erfahrungen gewährleisten, um die vorhandenen Vorurteile aufzulösen. *Was deutsch-polnische Verbundenheitsgefühle anbelangt, erweisen sich Kontakte allerdings bereits in der derzeit zu beobachtenden Form signifikant als positiver Faktor von Gemeinschaftssinn.*

Hier zeigt sich außerdem, dass nicht zuletzt die kulturelle Nähe zwischen den Kontaktpartnern – soweit dies mit Hilfe unserer Daten zu operationalisieren war – wie erwartet die Chancen intensivierter Verbundenheit signifikant erhöht. Die grundsätzliche Anlage der Deutsch-Polnischen Elitestudie erweist sich also auch in der konkreten Gegenüberstellung von theoretischen Annahmen und der erhobenen Empirie als richtig: Objektiver Konsens ist als Faktor subjektiver Wahrnehmung von Gemeinsamkeit von Bedeutung.

Das berechtigt unseres Erachtens zu der Schlussfolgerung, dass nicht nur eine solche deutsch-polnische Werte- und Interessengemeinschaft in den skizzierten Grenzen besteht, sondern auch, dass deren Entstehung und Vertiefung in starkem Maße von geteilten Interessen, Verbundenheit und direkten Kontakten abhängig sind. Dies wirft die Folgefrage auf, inwieweit aus unseren Ergebnissen bereits auf die Entwicklungsperspektiven der deutsch-polnischen „Werte- und Interessengemeinschaft“ geschlossen werden kann. Darauf gibt es eine doppelte Antwort: zum einen hängt es davon ab, inwieweit die staatlichen und gesellschaftlichen Akteure sich dieses Integrationspotential zunutze machen und in Konfliktfällen (innen- wie außenpolitisch) bereit sind, dementsprechend zu handeln. Zum anderen hängt es davon ab, inwieweit die jüngeren Generationen die Bemühungen um die deutsch-polnische Verständigung fortzusetzen bereit sind, die von den älteren Generationen vor mehr als 40 Jahren in Angriff genommen worden sind. Erkennbar ist jedenfalls auf deutscher Seite eine geringere emotionale Affinität zu Polen als dies noch bei der älteren der Fall war.

Literaturverweise

- Buchowski, Michal (1997), Neue kollektive Identitäten – Barrieren oder Brücken?, in: W.-D. Eberwein (Red.) Europa im Umbruch – Chancen und Risiken der Friedensentwicklung nach dem Ende der Systemkonfrontation, Münster, S. 136-156.
- Czempiel, Ernst-Otto (1991), Weltpolitik im Umbruch – Das Internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, München, S. 127.
- Czempiel, Ernst-Otto (1994), Vergesellschaftete Außenpolitik, in: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken*, Heft 48/1, S. 1-14.
- Czempiel, Ernst-Otto (2000), Über Interdependenz und Intervention, in: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken*, Heft 54/1, S. 11-23
- Eberwein, Wolf-Dieter (2001), Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949-2000 – Eine Werte- und Interessengemeinschaft?, In: Eberwein, Wolf-Dieter/Kerski, Basil, Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949-2000: Eine Interessen- und Wertegemeinschaft? Leske + Budrich: Opladen, S. 13-34.
- Eberwein, Wolf-Dieter/Matthias Ecker-Ehrhardt (2001), Deutschland und Polen – eine Werte- und Interessengemeinschaft? Die Elitenperspektive, Opladen, S. 17-28.
- Haftendorn, Helga (1989), Außenpolitische Prioritäten und Handlungsspielraum, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 30/1, S. 32-49.
- Kerski, Basil (2001), Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949-2000 – Eine Werte- und Interessengemeinschaft?, Opladen, S. 75-111.
- Kolarska-Bobinska, L. (1998), Completed Transformation: Integration into the European Union. Institute of Public Affairs, Warsaw, S. 5.
- Kucharczyk, J. (1999), European Integration in Polish Political Debates, 1997-1998. Institute of Public Affairs, Warsaw.
- Putnam (1988), Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games, in: *International Organization*, 42, S. 427-69.
- Ziemer, Klaus (1996), Polen und die Polen im Bewusstsein der Deutschen nach der Wiedervereinigung, in: J. Holzer und J. Fiszer (Hg.) *Przemiany w Polsce i NRD po 1989 roku (Der Wandel in Polen und der DDR nach 1989)*. Warschau: Instytut Studiów Politycznych PAN, S. 97-116, hier S. 103.

Christoph von Marschall

Die deutsch-polnischen Beziehungen nach dem EU-Gipfel in Nizza: Herausforderungen und Perspektiven

Die deutsch-polnischen Beziehungen sind auch noch heute von gewisse neurotischen Grundmuster geprägt, die unabhängig von den politischen Konjunkturen funktionieren, sodass diese Reaktionsverhalten fast beliebig abrufbar sind, wenn sich die Gelegenheit bietet. Die Razzia gegen Schwarzarbeiter in Frankfurt (Oder) 1995, der Krieg der Resolutionen 1998 und die erbitterte Debatte über eine ungeschickte Äußerungen des Grafen Lambsdorff am Rande der Verhandlungen über die Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter haben beispielhaft jedesmal ein Sturm der Entrüstung. Ernste Drohungen, dass das Verhältnis schwer belastet sei. Die Forderung nach Entschuldigung. Alles in allem Aufregungen, die folgenlos blieben - auch wenn es keine Entschuldigung gab. Bis dann, um in der journalistischen Arbeitssprache zu bleiben, die nächste deutsch-polnische Sau durchs Dorf getrieben wurde.

Meine Befürchtung ist, dass diese Verhaltensmuster, diese Rückfälle in antagonistische Stereotype, auch künftig funktionieren, wenn es zu geeigneten Konfliktsituationen mit historischer Konnotation, insbesondere zum Dritten Reich, zu Hitlers Vernichtungskrieg in Mittel- und Osteuropa kommt. Die Vergangenheit ist nämlich noch keineswegs vergangen, auch wenn wir ein neues Jahrhundert schreiben. Vor allem ist sie nicht geschlossen, sondern hält noch einiges unangenehme Erbe parat: von der Frage der Kulturgüter bis zu der der Rückgabe oder Entschädigung für nicht rechtmäßig enteigneten Grund- und Immobilienbesitz. Die ungeklärten Ansprüche deutscher und jüdischer Alteigentümer können bis zu ein Drittel des heutigen polnischen Staatsgebietes betreffen.

Und nun die andere Seite der Medaille. Nizza - die Erfahrungen dort und die Folgen für das deutsch-polnische Verhältnis. Diese Erfahrungen waren, alles in allem, erstaunlich positiv. Das wichtigste Ergebnis von Nizza: Die letzten formalen Hindernisse für die Erweiterung auf EU-Seite wurden durch die institutionelle Reform beseitigt. Wie gut die gefundene Lösung in der Sache, im Alltag funktionieren wird, ist eine andere Frage. Aber formal kann niemand mehr sagen: Wegen dieser oder jener ungeklärten Frage auf EU-Seite kann die Erweiterung nicht stattfinden.

Das Signal von Nizza ist: Die Erweiterung ist möglich. Nun hängt es nur noch vom Abschluss der Verhandlungen ab. Die zweite gute Nachricht aus Nizza: Die deutsch-polnische Interessengemeinschaft hat funktioniert - genauer: Die Rolle Deutschlands als Anwalt Polens bei dem Teil der Gipfelgespräche, bei denen die Kandidaten nicht vertreten waren. Sie haben vielleicht noch die Debatte um die künftige Stimmengewichtung - inklusive der künftigen Neumitglieder - im Ohr und um die Zahl der Sitze im Europäischen Parlament in einer EU mit 28 Mitgliedern.

Da kursierte plötzlich dieser Vorschlag der französischen Präsidentschaft, der die neuen Partner im Osten gegenüber den Altmitgliedern klar benachteiligt hätte. Um es in der Sprachregelung der Gastgeber auszudrücken: der bedauerliche Tippfehler der Sekretärin. Jedenfalls wurde dieser "Tippfehler" korrigiert - korrigiert im Sinne einer weitgehenden Gleichbehandlung der West- und Ostmitteleuropäer. Der öffentliche Eindruck: Dies geschah vor allem dank einer Intervention der Deutschen zugunsten Polens. Na der Sieg hat viele Väter, es waren nicht Schröder und Fischer allein. Vor allem wollen sie ja gar nicht zu den Siegern gehören, weil deutsche Siege über Frankreich gegen die EU-Etikette verstoßen. Also sind wir am Ende alle Sieger, weil der Knoten durchschlagen wurde, der Kompromiss gefunden. Auch gut.

Dieser Verlauf war für die deutsch-polnischen Beziehungen zunächst erfreulich. Für die öffentliche Wahrnehmung kommt es ja weniger auf die Fakten an - wie es tatsächlich gewesen ist. Sondern politisch entscheidend ist die Perzeption. Polen also jubelte - auf die Deutschen ist Verlass. Der Kanzler wird es nicht ungern gehört haben.

Allerdings darf man daraus keine falschen Schlüsse ziehen. Ich glaube, es war Janusz Reiter, der als erster davor warnte. Dieses Muster - Deutschland plus Polen gegen Frankreich - ist nicht beliebig wiederholbar. Es ist womöglich gar nicht wiederholbar. Es wäre eine polnische Selbstüberschätzung und gefährlich, wenn - absichtlich oder ungewollt - eine Situation entstünde, in der Deutschland sich entscheiden muss zwischen Paris und Warschau. Nach der bisherigen raison d'etre der Europäischen Union muss Deutschland, wenn es hart auf hart kommt, immer Frankreich wählen.

Die deutsch-polnischen Beziehungen nach dem EU-Gipfel in Nizza sind also gerade mal wieder in einer Schön-Wetter-Phase. Aber dank eines Erfolges, der sich so nicht wiederholen lässt. Womit ich bei meiner vorher geschilderten Sorge bin, dass auch die dunklen Wolken wiederkehren werden, die gegenseitigen Frustrationen und Missverständnisse. Kul-

turgüter, vor allem aber die Frage der Entschädigung für nicht rechtmäßig enteigneten Privatbesitz in den ehemaligen deutschen Ostgebieten.

Es bleibt also bei der skeptischen Frage: Wie krisenfest ist die neue Partnerschaft? Abschließend einige Thesen zu speziellen Problemen, die im Laufe unserer Diskussion auftauchen:

- Übergangsfristen für die Freizügigkeit von Arbeitnehmern nach Polens EU-Beitritt. Sie sind meiner Meinung nach sachlich nicht erforderlich, wohl aber politisch-psychologisch, um in Deutschland eine ausreichende öffentliche Unterstützung für die Erweiterung herzustellen. Denn die Ängste vor Job-Konkurrenz existieren. Tatsächlich werden nach meiner Auffassung nicht mehr als 150.000 bis 250.000 Zuwanderer pro Jahr aus den Beitrittsländern nach Deutschland kommen - also maximal so viele, wie wir ohnehin für das Funktionieren unserer Sozialsysteme brauchen. Sachlich nicht nötig, politisch und psychologisch hingegen wohl - das gilt freilich ebenso für die in Polen häufig geäußerte Forderung nach mehrjährigen Übergangsfristen für das Recht aller EU-Bürger, in Polen Land und Immobilien zu kaufen. Die Deutschen werden nicht massenhaft nach Polen aufbrechen, um dort Grundstücke und Gebäude zu erwerben.

- Ernsthafte Sorge für die bilateralen Beziehungen macht mir dagegen die ungeklärte Frage der Rückgabe oder der Entschädigung für den ehemaligen deutschen Besitz an Grund und Boden in den früheren deutschen Ostgebieten, die heute zu Polen gehören. In Polen wird unsystematisch das Eine an polnische oder jüdische Alteigentümer zurückübertragen, das Andere nicht. Und es wird nicht berücksichtigt, dass dies alles eines Tages Präzedenzfälle sein können, wenn deutsche Ex-Besitzer vor einem europäischen Gericht auf Gleichbehandlung klagen. Es ist klar, dass es politisch gar nicht handhabbar wäre, den ehemaligen deutschen Einwohner ihren enteigneten Besitz in den heute polnischen Gebieten zurückzugeben, denn das beträfe bis zu einem Drittel des heutigen polnischen Territoriums. Andererseits muss Warschau endlich eine systematische Lösung finden, die auch vor dem Hintergrund des Gleichbehandlungsgrundsatzes Bestand hat - denn der kann von allen EU-Bürgern eingeklagt werden, sobald Polen der EU beigetreten ist.

- Was bringt Polen in die EU ein und wie wird die Politik an der künftigen Ostgrenze der EU aussehen? In Bezug auf die Ukraine- und Weißrussland-Politik der EU erwarte ich mir schon gewichtige polnische Impulse. Beim Beitritt Spaniens und Portugals wurde argumentiert, dass Europa so eine stärkere Südamerika-Kompetenz gewinnt. Ebenso selbstverständlich müsste

Polen mehr von der Ukraine und Weißrussland verstehen als, sagen wir: Großbritannien oder Italien. Dagegen hielte ich es für vermessen, von Polen zu erwarten oder ihm zuzumuten, die künftige Russland-Politik der EU zu bestimmen. Das wäre dann wohl doch eine Überforderung. Aber die Ukraine- und Weißrussland-Politik sollte Warschau schon prägen.

- Wohlstandsgefälle zwischen Deutschland und Polen. Das bereitet mir eine großen Sorgen. Schon heute gibt es innerhalb der EU eine große Spannungsbreite - einige Mitgliedsstaaten liegen bei fast 120 Prozent des EU-Durchschnitts, andere um die 60 Prozent. Und es ist leicht vorstellbar, dass in etwa fünf bis zehn Jahren das Wohlstandsgefälle in Polen selbst zwischen den boomenden Großstädten und den weniger erfolgreichen dörflichen Gebieten größer sein wird als das zwischen Polen und Deutschland.

- Polnische Sicherheitspolitik und Einfluss auf die nächste Runde der Nato-Erweiterung. In Sicherheitsfragen, speziell innerhalb der Nato, orientiert sich Polen nach meiner Beobachtung mehr an den USA als an den europäischen Partnern. Wenn das Baltikum eine Chance hat - was ich persönlich für die nächste Runde noch nicht erwarte -, dann nicht, weil das im polnischen Interesse liegt, sondern weil die USA sich dazu entschließen.

Kazimierz Wóycicki

Kommentierende Anmerkungen zum Vortrag von Christoph von Marschall

Ich möchte meinen Kommentar nicht in den Kontext stellen, was Nizza für die deutsch-polnischen Beziehungen bedeutet, sondern ich möchte anknüpfen an das, was wir schon vorher in diesem Kreis besprochen haben. Zuerst möchte ich auf den Begriff deutsch-polnische Interessengemeinschaft zurückkommen. Ich glaube, dass dieser Begriff in der Versöhnungsphase sehr lebendig war und damals auch einen Sinn hatte. Nach 1989 haben die politischen Eliten die neue geopolitische Situation entdeckt. Diese war sehr günstig für die Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen. Etwa fünf Jahre lang, oder ein bisschen länger, hat man für diese große historische Frage, also die Verbesserung der bilateralen deutsch-polnischen

Beziehungen nach Lösungen gesucht. Und man hat sie gefunden. Die NATO-Mitgliedschaft ist eine Antwort. Die EU-Mitgliedschaft wird eine zweite Antwort sein.

Und plötzlich sind wir schon in einer ganz neuen Phase. Und in dieser neuen Phase ist ein zentrales Problem, die eigenen nationalen Interessen zu definieren. Ich sehe es manchmal als eine Flucht, wenn die deutsch-polnischen Beziehungen nur in einem europäischen Kontext gesehen werden. Dieser Kontext ist natürlich unglaublich wichtig. Natürlich werden beide Staaten sich in wenigen Jahren in der EU wiederfinden. Aber die deutsch-polnischen Beziehungen bleiben. Und sie werden für Europa eine enorme Bedeutung haben.

Wie wird nach dem EU-Beitritt Polens eine deutsch-polnische Interessengemeinschaft aussehen können. Man kann natürlich gemeinsame Interessen haben, aber man muss sie nicht unbedingt mit diesem hoch emotionalen Begriff deutsch-polnische Gemeinschaft definieren. Wenn wir über die deutsch-polnische Interessengemeinschaft sprechen, dann nicht konkurrierend etwa mit den deutsch-französischen Beziehungen. Will man damit nicht zumindest unterschwellig sagen, dass vielleicht unsere Beziehungen vielleicht auf irgendeine Art und Weise besser und wichtiger sind? Natürlich tauschen wir in Bezug auf die gemeinsame europäische Ostpolitik in verschiedenen Kontexten aus. Wer ist dann für die EU-Ostpolitik verantwortlich? Wenn es die Deutschen und die Polen sind, was ist dann mit den Franzosen?

Was in den deutsch-polnischen Beziehungen auch nach der Osterweiterung ganz bestimmt ein sehr großes Problem bleibt, ein hundertprozentig bilaterales Problem, ist die Grenze. Polen grenzt nicht an Portugal oder Griechenland, sondern an Deutschland und damit an eines der reichsten Länder Europas und der Welt überhaupt. Und Deutschland grenzt an das arme Polen. Diese Asymmetrie hat eine ganz große Bedeutung. Die sozialen Konflikte, die gerade mit der Öffnung der Grenze auftauchen können, müssen nicht unbedingt immer als ökonomische Interessenkonflikte bezeichnet werden. Sie könnten auch national gekennzeichnet werden. Und plötzlich haben wir wieder alle antipolnischen und antideutschen Stereotypen auf dem Tisch. Diese Grenze ist eine ganz besondere. Berlin liegt 60-70 Kilometer von der Grenze entfernt. Auch das ist wieder vollkommen asymmetrisch. Die polnische Hauptstadt liegt weit im Osten. Diese Grenze mit allen ihren asymmetrischen Erfahrungen wird weiterhin das Bild der deutsch-polnischen Beziehungen deutlich bestimmen. Was bedeutet dies für die Zukunft der deutsch-polnische Interessengemeinschaft? Wie werden wir unsere Interessen dann gemeinsam definieren können?

Und noch ein weiter Blick in die Zukunft: Ich glaube, dass für die weitere Entwicklung der Beziehungen auch die polnische Antwort auf die folgende Frage enorm wichtig sein wird: Was für ein zukünftiges Europa wollen die Polen? Ich nenne in diesem Zusammenhang nur das Stichwort Föderalismus. Die polnische Antwort auf die Föderalismus-Rede von Fischer war fast keine Antwort; oder überraschend oberflächlich und emotional wie die von Adam Michnik: „Ich möchte mit dem polnischen Pass in der Tasche sterben“. Also ein Euroenthusiast könnte auf Michnik antworten: „Ich möchte mit einem europäischen Pass in der Tasche sterben.“ Aber das ist noch keine substantielle Diskussion über die Zukunft der Union. Und wenn die neuen Länder, insbesondere Polen, sich in eine nationalstaatliche Richtung definieren, dann kann sich Europa auch nicht weiter entwickeln. Das wird für die europäische Entwicklung auch eine Belastung sein. Wie ist es dann mit der Interessengemeinschaft der Polen und der Deutschen? Wieder müssen die Polen ihre eigenen Interessen reflektieren, analysieren und in diesem Zusammenhang zu ihren Beziehungen zu den Deutschen definieren.

Es gibt auch neue Dimensionen. Lange Zeit war es eine polnische Sorge, dass die Deutschen nicht zu gute Beziehungen mit Russland haben durften. Allmählich ist dieser Rapallo-Komplex vollkommen überholt. Wenn man in Warschau von der deutsch-polnische Interessengemeinschaft sprach, dann hatte man natürlich im Hinterkopf, dass die Deutschen bessere Beziehungen mit Warschau haben sollten, als mit Moskau. Das war unbewusst, nicht ausgesprochen zwar, aber doch immer im Hintergrund. Jetzt ist es anders. Der Rapallo-Verdacht gegenüber Deutschland ist naiv aber wir haben heute eine ganz andere Dimension. Wir haben den Balkan, wir haben das Baltikum. Polen hat eine sehr lange Küste und hier sind die polnischen Interessen überhaupt nicht definiert. Überhaupt ist unklar, was gemeinsame deutsch-polnische Interessen in diesem Bereich bedeuten könnten. Aus dieser europäische Achse Nordeuropa-Südosteuropa, die für Polen so wichtig ist, erwächst auch ein Problem für gemeinsame deutsch-polnische Überlegungen. Es ist klar, dass in keinem dieser Bereiche Polen eine eigene Politik formulieren und sich mit seinen eigenen Interessen durchsetzen kann. Natürlich wird sich Polen durch das Stimmrecht in Brüssel in Zukunft zu verschiedenen Problemen äußern müssen. Auch hier liegen spezifisch polnische Interessen. Aber in einer ganz neuen politischen Dimension. Und man braucht bei dieser neuen Dimension der polnischen Außenpolitik besonders die Deutschen als Partner.

Im Grunde genommen öffnet sich jetzt mit der EU-Mitgliedschaft eine ganz neue Dimension. Und man kann dabei durchaus so tun, als seien wir bereits ein EU-Mitglied. Dieses

Datum ändert schon nicht mehr viel, wenn wir ein wenig mehr historisch denken. Aber wir sind noch unvorbereitet auf die Definition dieser neuen politischen Ziele.

Die deutsch-polnischen Beziehungen werden auch in Zukunft von Bedeutung sein, ein Lackmus-Test für den europäischen Prozess; ein Test dafür, ob die Europäer dazu in der Lage sind, ihre historische Last zu überwinden. Das wird noch lange Zeit dauern. Und auch die Fragen nach der Struktur Europas, ob nun Föderalismus oder nicht. Auch in diesem Punkt spielt die deutsch-polnische Verständigung eine Rolle. Und auch hier ist ein polnisches Ja zum europäischen Föderalismus unglaublich wichtig. Aber dafür muss erst ein langer Überzeugungsprozess in Polen einsetzen, dieser Prozess wird nicht leicht sein.

Autorenverzeichnis

Dieter Bingen, geb. 1952, Dr. phil., Direktor des Deutschen Polen-Instituts, Darmstadt; Studium der Politischen Wissenschaft, Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Soziologie und Erziehungswissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn; 1981-1999 Wissenschaftlicher Mitarbeiter (Wiss. Oberrat) im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln (Forschungsbereich II: Ostmittel- und Südosteuropa); 1991-1998 Stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bonn e. V.; mehrere Monographien und zahlreiche Veröffentlichungen in wissenschaftlichen Zeitschriften, Sammelbänden und Reihen, unter anderem *Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949 – 1991*, Baden-Baden: Nomos Verlag 1998. *Polityka Republiki Bońskiej wobec Polski. Od Adenauera do Kohla 1949-1991*, Kraków 1997 (polnischsprachige Ausgabe). *Die Republik Polen. Eine kleine politische Landeskunde*, Landsberg 1998; 2. aktualisierte Auflage, München 1999.

Peter Bender, geb. 1923, Dr. phil., Studium der Alten Geschichte in Hamburg, seit 1954 Journalist; 1961-1988 Redakteur des WDR, 1968-1969 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Internationalen Institut für Strategische Studien in London (IISS), 1973-1975 ARD-Hörfunkkorrespondent in Warschau, lebt in Berlin; Autor zahlreicher Bücher, darunter *Das Ende des ideologischen Zeitalters. Die Europäisierung Europas*, Berlin 1981; *Die Neue Ostpolitik und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung*, Frankfurt a.M. 1996, 4. Auflage.

Wolf-Dieter Eberwein, geb. 1943, Dr. soz. Wiss., Leiter der Arbeitsgruppe Internationale Politik am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und apl. Prof. am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig; Gastdozent am Institut d'Études Politiques, Paris; Mitherausgeber der Zeitschrift *Global Security*; Wissenschaftlicher Direktor des Europäischen Universitätszentrums für Friedensstudien (EPU), Stadtschlaining in Österreich 1997-2000; zahlreiche Veröffentlichungen von politikwissenschaftlichen Büchern und Aufsätzen. Co-Autor von *Deutschland und Polen – eine Werte- und Interessengemeinschaft? Die Elitenperspektive*, Opladen 2001.

Basil Kerski, geb. 1969, Diplom-Politologe, Chefredakteur des Deutsch-Polnischen Magazins DIALOG; Studium der Politikwissenschaft und Slawistik an der Freien Universität Berlin; 1991-1994 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Aspen Instituts Berlin; 1994-1996 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik; Redakteur der Zeitschrift *Przegląd Polityczny*; zahlreiche Veröffentlichungen in polnischen sowie deutschen Tageszeitungen, Zeitschriften und Büchern; in polnischer Sprache erschien eine Auswahl seiner Essays über Deutschland *Otwarta brama. Niemcy między zjed-*

noczeniem a końcem stulecia (Offenes Tor. Deutschland zwischen der Vereinigung und dem Jahrhundertende), Olsztyn 1999; Herausgeber des Sammelbandes *Die polnische Emigration und Europa 1945-1990. Eine Bilanz des politischen Denkens und der Literatur Polens im Exil*, Osnabrück 2000.

Christoph von Marschall, geb. 1959, Dr. phil.; Leitender Redakteur (Meinung) der Zeitung *Der Tagesspiegel*, Berlin; Studium der Osteuropäischen Geschichte an der Universität Freiburg, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und der Jagiellonischen Universität in Krakau; Autor der Monographie *Freiheit in der Unfreiheit. Die nationale Autonomie der Polen in Galizien nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867*, Wiesbaden 1993.

Ludwig Mehlhorn, geb. 1950, Diplom-Mathematiker, Studienleiter zu Berlin der Evangelischen Akademie zu Berlin; Studium der Mathematik an der Bergakademie Freiberg; 1974-1985 wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem Berliner Rechenzentrum; 1985 politisches Berufsverbot; bis 1989 Arbeit in einer karitativ-diakonischen Einrichtung; seit 1970 Kontakte mit Polen, zunächst im Rahmen der *Aktion Sühnezeichen*, später mit Einzelpersonen und Gruppen der demokratischen Opposition, seit ca. 1975 Mitwirkung in verschiedenen Arbeitszusammenhängen der DDR-Opposition; 1985-1989 Aufbau eines Polenseminars, Übersetzer- und Herausgebertätigkeit; 1989 Gründungsmitglied der Bürgerbewegung *Demokratie Jetzt*; 1988/89 Beteiligung an der Gründung der *Stiftung Kreisau für europäische Verständigung*; Vorstandsmitglied der *Kreisau-Initiative Berlin*; Projektleiter und Co-Autor der Kreisauer Dauerausstellung *In der Wahrheit leben. Aus der Geschichte von Widerstand und Opposition in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts*.

Markus Mildenerger, geb. 1968, M.A.; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik; verantwortlich für die von der Robert Bosch Stiftung und der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach Stiftung geförderte Arbeitsstelle Ostmitteleuropa; außerdem deutscher Sekretär des Lenkungsausschusses des Deutsch-Polnischen Forums und wissenschaftlicher Referent des Gesprächskreises „Polen – deutsch-polnische Beziehungen“ der DGAP; Studium der Osteuropäischen Geschichte, der Mittleren und Neueren Geschichte und der Germanistik an den Universitäten Köln und Posen; zahlreiche Veröffentlichungen zu Fragen der deutsch-polnischen Beziehungen, EU-Osterweiterung, Vertriebene und zur polnischen Innenpolitik.

Wolfgang Templin, geb. 1948, Diplom-Philosoph, freier Publizist; Studium der Philosophie an der Humboldt-Universität, 1976-1977 Studienaufenthalt in Polen, 1977-1983 Mitarbeiter im Zentralinstitut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR, in den siebziger und achtziger Jahren in der Bürgerrechtsbewegung aktiv, 1983 Berufsverbot, 1985 Mitbe-

gründer der *Initiative Frieden und Menschenrechte*, 1988 Inhaftierung und Abschiebung in die Bundesrepublik, im November 1989 Rückkehr nach Ost-Berlin, Vertreter der *Initiative Frieden und Menschenrechte* am Runden Tisch, Mitbegründer von Bündnis 90, lebt in Berlin, Autor zahlreicher Artikel und Aufsätze.

Henning Tewes, geb. 1972, Ph.D., Stellv. Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau; Studium in Bonn, Bristol und Oxford, Ph.D. am Institut für Deutschlandstudien der Universität Birmingham, Autor des Buches *Germany, Civilian Power and the New Europe*, Basingstoke: Palgrave 2001.

Kazimierz Wóycicki, geb. 1949, Dr. phil.; Direktor des Polnischen Instituts in Leipzig; Studium an der Universität Warschau sowie an der Katholischen Universität Lublin; 1974-1984 Redakteur der damals von Tadeusz Mazowiecki geleiteten Monatszeitschrift *Więź*; 1984-1986 Aufenthalt in Deutschland und Studium der Politikwissenschaft sowie Geschichte; 1986-1987 Redakteur beim BBC in London; nach seiner Rückkehr nach Polen Sekretär des Bürgerkomitees von Lech Wałęsa; 1990-1993 Chefredakteur der Tageszeitung *Życie Warszawy*; 1993-1995 Leiter der politischen Abteilung der täglichen Nachrichtensendung *Wiadomości* im Ersten Programm des Polnischen Fernsehens; 1996-1998 Direktor des Polnischen Instituts in Düsseldorf; Mitbegründer des Instituts für Deutsche und Nordeuropäische Studien in Stettin, zahlreiche Veröffentlichungen zur deutschen Geschichte und zu den deutsch-polnischen Beziehungen.

Publikationsverweis

Eberwein, Wolf-Dieter/Ecker-Ehrhardt, Matthias, 2001,
Deutschland und Polen: eine Werte und Interessengemeinschaft?
Die Elitenperspektive,
Leske + Budrich: Opladen.

Eberwein, Wolf-Dieter/Kerski, Basil (Hrsg.), 2001,
Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949-2000:
Eine Interessen- und Wertegemeinschaft?
Leske + Budrich: Opladen.

Arbeitsgruppe Internationale Politik

Discussion Papers

1997

P 97-301

Wolf-Dieter Eberwein

Die Politik Humanitärer Hilfe: Im Spannungsfeld von Macht und Moral

P 97-302

Yasemin Topçu

Die Neugestaltung staatlicher humanitärer Hilfe in der Bundesrepublik Deutschland

P 97-303

Wolf-Dieter Eberwein

**Umwelt – Sicherheit – Konflikt
Eine theoretische Analyse**

P 97 – 304

Peter Brecke

Using Pattern Recognition to Identify Harbinger Configurations of Early Warning Indicators

1998

P 98 – 301

Wolf-Dieter Eberwein

Die deutsch-polnischen Beziehungen: Integrations-theoretische Überlegungen

P 98 –302

Wolf-Dieter Eberwein

Sven Chojnacki

**Disasters and Violence 1946 – 1997.
The link between the natural and the social environment**

P 98 – 303

Catherine Götze

Humanitäre Organisationen und Zivilgesellschaft. Konzeptionelle Überlegungen zum zivilgesellschaftlichen Charakter von Nichtregierungsorganisationen

P 98 – 304

Ortwin Renn und Andreas Klinke

Risikoevaluierung von Katastrophen

P 98 – 305

Matthias Ecker

**Die „Deutsch-Polnische Elitestudie“:
Konstruktion und Repräsentativität der deutschen Stichprobe**

Arbeitsgruppe Internationale Politik

Discussion Papers

1999

P 99-301

Basil Kerski

Die Rolle nichtstaatlicher Akteure in den deutsch-polnischen Beziehungen vor 1990

P 99-306

Nikola Gillhoff

Die Errichtung eines ständigen Internationalen Gerichtshofes – Beginn einer neuen Ära?

P 99-302

Yasemin Topçu

Humanitarian NGO-Networks – Identifying Powerful Political Actors in an International Policy-Field

P 99-307

Matthias Ecker

„Political Boundary Making“ toward Poland: Social Identities and Interest-Formation in German Elite Reasoning

P 99-303

Wolf-Dieter Eberwein

Sven Chojnacki

The Capacity and Willingness to Act Two Constitutive Elements of Strategy Design

P 99-304

Catherine Götze

Von der humanitären zur Entwicklungshilfe. Entwicklung, Konflikt, Nothilfe und die ambivalente Aktualität des Kontinuumkonzeptes

P 99-305

Uta Bronner

Helfer in humanitären Projekten: Strategien und Probleme der Personalplanung

Arbeitsgruppe Internationale Politik

Discussion Papers

2000

- P 00-301
Sven Chojnacki
Wolf-Dieter Eberwein
**Die Kultur der Prävention:
Ein Ansatz zur Zivilisierung
internationaler Politik?**
- P 00-302
Peter Brecke
**Risk Assessment Models and
Early Warning Systems**
- P 00-303
Tørris Jæger
**Die Schutzfunktion humanitärer
Hilfe**
- P 00-304
Michael Schloms
**Divide et impera –
Totalitärer Staat und humanitäre
Hilfe in Nordkorea**
- P 00-305
Sarah Reichel
**Transnational Administrations
in former Yugoslavia**
- P 00-306
Francois Jean
Tschetschenien – Moskaus Rache

2001

- P 01-301
Matthias Ecker-Ehrhardt
**Werte, Identität,
Gemeinschaftssinn?
Ergebnisse der „Deutsch-Polnischen
Elitestudie“**
- P 01-302
Wolf-Dieter Eberwein
**Humanitäre Hilfe, Flüchtlinge und
Konfliktbearbeitung**
- P 01-303
Wolf-Dieter Eberwein
Sven Chojnacki
**Stürmische Zeiten? Umwelt, Sicherheit
und Konflikt**
- P 01-304
Wolf-Dieter Eberwein
Sven Chojnacki
**Scientific Necessity and Political
Utility. A Comparison of Data on
Violent Conflicts**

BESTELLSCHEIN

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
Presse- und Informationsreferat
Reichpietschufer 50
D - 10785 Berlin

Absender: _____

Bitte schicken Sie mir folgende Veröffentlichungen des WZB: Please send me the following WZB-Papers:	
Paper-Nr.:	Autor:

Paper-Bestellungen: Briefmarken erbeten
Wir erbitten von allen Bestellern, die papers vom WZB anfordern, eine **1 DM-Briefmarke pro paper** als pauschalen Beitrag zu den anfallenden Versandkosten. Besteller aus dem **Ausland** werden gebeten, für jedes bestellte paper einen "Coupon-Réponse International" (internationalen Antwortschein), der auf Postämtern erhältlich ist, beizufügen.
Aus diesem Grund ist es auch nicht mehr möglich, Bestellungen von papers **per Telefon oder Fax** an das WZB zu richten. Schicken Sie ihre Bestellungen nur noch schriftlich an die WZB-Pressestelle, und legen Sie neben der entsprechenden Anzahl von Briefmarken weiterhin einen mit ihrer eigenen Adresse versehenen Aufkleber bei.
Die in letzter Zeit erheblich gestiegene Anzahl von Bestellungen sowie die Mittelkürzungen, die öffentlich finanzierten Institutionen - wie auch dem WZB - auferlegt wurden, machen diese Maßnahmen unumgänglich. Wir bitten um Verständnis und darum, unbedingt wie beschrieben zu verfahren.

Stamps for papers

We ask for a 1 DM-postage stamp per paper from all those who wish to order WZB-papers, and who live in Germany. These stamps contribute to the shipment costs incurred. All persons interested in WZB-papers from abroad are asked to send one "Coupon-Réponse International" (international reply coupon) for each ordered paper. The coupons can be obtained at your local post office.
Because of this, it is no longer possible to order papers over the phone or by telefax. Please send your orders only by letter to the WZB-Press and Information Office, and add to the postal stamps a sticker with your own address written on it.
The reasons for these measures are the high increase in the number of ordered papers during the last months as well as the cut in funds imposed on publicly financed institutions like the WZB. We do ask for your understanding and hope that you will comply with the above mentioned procedure.